FREIHEIT UND RECHT

Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 1 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — NACHDRUCK

Die Freie Republik Uhlenhof und das fremdgesteuerte Staatsgebilde unter dem Namen BRD

Grundsätzliches über die *Freie Republik Uhlenhof* als freier Bestandteil des 1871 wiedergegründeten und rechtlich fortbestehenden *Deutschen Reiches*

sowie über die Frage, inwieweit und warum die Regierung der BRD im Jahre 1990 mit den drei westlichen Siegermächten vereinbart hat, daß die BRD wie bisher auch für alle Zukunft den Status eines Vasallenstaats einnimmt, in dem die westlichen Siegermächte auf gesetzgeberischem, gerichtlichem und administrativem Gebiet maßgebend sind

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

Freie Republik Uhlenhof

Inhalt

Roland Bohlinger: *Die Freie Republik Uhlenhof und das fremdgesteuerte Staatsgebilde unter dem Namen BRD*

Erste Auflage: Juni 2001 — Nachdruck: Januar 2002
Verantwortlich für den Inhalt: Roland Bohlinger

Herstellung und Vertrieb: *Verlagsauslieferung Dietrich Bohlinger*, Freie Republik Uhlenhof
Postanschrift in BRD: 25884 Viöl/Nordfriesland, Postfach 1

ISBN: 3-932878-78-7

Vorbemerkung

Die *Freie Republik Uhlenhof* stellt keine Republik im hergebrachten Sinne dar.

Sie ist ein Organismus. Aber sie besitzt nicht die üblichen *Organe staatlicher Gewalt.* Vor allem keine Justiz, keine Polizei, kein Militär, kein Finanzamt und nichts, das man Bürokratie nennen könnte. Sie besitzt auch keine Politiker, Geheimbünde und Systeme zur Manipulation und Kontrolle der Bürger, schon gar nicht irgendwelche von diesen *organisierte Verbrechen.* Sie verfügt nicht einmal in verdeckter Form über irgendeine jener Strukturen, wie sie Ausdruck heute üblicher Staats- und Gesellschaftsordnungen sind. Insbesondere verfügt sie über keine imperialistischen Strukturen. Nun, sie ist derzeit natürlich viel zu klein für die Entwicklung solcher Strukturen. Doch derartige Strukturen sind bis auf gewisse Führungs-, Verwaltungs- und Schutzstrukturen nicht einmal im Ansatz, sozusagen im Keim oder in den Genen des sich entwickelnden Organismus, angelegt.

Das *Wesentliche* an der *Freien Republik Uhlenhof* ist:

1. Sie ist *Ausdruck einer Weltanschauung und Ethik*, die sich ganz wesentlich von den heute üblichen Religionen, Ideologien und deren Handlungsmaximen unterscheidet.[1]
2. Sie betrachtet sich nicht als Teil der sogenannten *Bundesrepublik Deutschland*, sondern als Teil des 1871 wiedergegründeten *Deutschen Reiches.*
3. In ihr gelten *freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze* – wozu auch soziale, naturgerechte, nichtimperialistische und nichtrassistische zählen – in *umfassender* Weise und *ohne jede Einschränkung*, im Gegensatz zu den Verhältnissen außerhalb der Grenzen dieser Republik.

Die Gründung der *Freien Republik Uhlenhof* ist etwas absolut Folgerichtiges. Im Mai 1945 unterschrieb die Führung der *Deutschen Wehrmacht* ihre *bedingungslose Kapitulation.* Die damalige Regierung unter der Leitung von Dönitz unterschrieb aber keine bedingungslose Kapitulation des *Deutschen Reiches.* Das unterstrich Dönitz ausdrücklich in seiner sogenannten *Monheimer Erklärung.* Im übrigen wäre die Regierung Dönitz auch nicht befugt gewesen, eine bedingungslose Kapitulation des Reiches zu erklären, das hätte nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit tun können. Das hat es aber nicht getan. Daher hat das *Bundesverfassungsgericht* der BRD völlig zutreffend festgestellt, daß das *Deutsche Reich* als Rechtssubjekt fortbesteht, nur nicht handlungsfähig ist, da ihm hierfür die Regierung und die von dieser regierten Staatsorgane fehlen.

Das *Deutsche Volk* lebt also in einem Staat, dem *Deutschen Reich*, das kraft fremder Gewalt nicht handlungsfähig ist. Das ist ein sogenanntes *Interregnum.* Während eines Interregnums können die Bürger die Belange ihrer Gemeinschaft selbst regeln. Auch das ist folgerichtig: Der Einzelne, die Gruppe, das Volk sind Wesenheiten mit dem Recht auf Selbstbestimmung, der Staat ist lediglich eine Organisationsform dieser Wesenheiten zur Regelung gemeinschaftlicher Aufgaben. Daher handeln Organe eines Staates nur dann legal, wenn sie *im Namen und nach dem freien Willen dieser sich selbst bestimmenden Wesenheiten* handeln. Dort, wo sie das nicht tun, herrscht keine Selbstbestimmung und keine Legitimität im Rahmen freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie (= Volksherrschaft), das heißt, es herrscht Diktatur. Damit ist auch klar, daß jede Form der Manipulation des Auftrags oder des Willens des Einzelnen, einer Gruppe oder des Volkes, z. B. über die Anwendung von Desinformation, Suggestion, Gehirn-

---

[1] Näheres dazu in: Roland Bohlinger, *Gutachten zur Frage der Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben,* Viöl 2001, 3. Auflage. Siehe außerdem die inzwischen erschienene Schriftenreihe der FRU sowie die in Kürze erscheinenden weiteren Schriften, daneben ein großer Teil der in unserem Verlag veröffentlichten Literatur.

wäsche oder über die Erzeugung von Furcht oder einer Schuldneurose, nicht im Bereich dessen liegt, was als Wesen einer freien Selbstbestimmung im Rahmen freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie anzusehen ist.

Natürlich sind im Mai 1945 nicht alle bisherigen Organe des *Deutschen Reiches* beseitigt worden. Im Grunde wurde nur die Regierung beseitigt und an ihre Stelle die Regierungsgewalt der Siegermächte gesetzt, die dann nach eigenem Gutdünken einerseits Staatsorgane des Reiches übernahm, umformte oder auflöste, und andererseits neue Organe schuf. Aus dieser Entwicklung ging die *Bundesrepublik Deutschland* hervor. Sie ist ein Geschöpf der westlichen Besatzungsmächte.

Die BRD ist auch heute noch ein Geschöpf der westlichen Besatzungsmächte. In der nachfolgenden Dokumentation zitiere ich die von der *Bundesregierung* mit den *Drei Mächten* (=westliche Besatzungsmächte) geschlossene *Vereinbarung* vom 27./28.9.1990, veröffentlicht im *Bundesgesetzblatt*, Jahrgang 1990, Teil II, 1386 ff.. Ein Faksimile der Veröffentlichung im *Bundesgesetzblatt* befindet sich in der Anlage. Danach sind *ausnahmslos alle nach dem 9. Mai 1945 ergangenen gesetzlichen, gerichtlichen und administrativen Maßnahmen der Besatzungsmächte nach wie vor gültig, sie dürfen nicht aufgehoben oder diskriminiert werden und alle künftigen staatlichen Maßnahmen müssen in diesem vorgegebenem Rahmen bleiben, und zwar zeitlich unbegrenzt.* **Das heißt, die BRD ist gemäß diesen Verträgen nicht souverän, sondern ein fremdgesteuertes und -gebundenes Staatsgebilde auf einem Teil des Territoriums des Deutschen Volkes und Reiches.**

Da die *Vereinbarung* vom September 1990 ohne zeitliche Begrenzung erfolgte, ergibt sich daraus zugleich, daß es Ziel und Wille der Vertragsschließenden war, **dem Deutschen Volk die Selbstbestimmung auch künftig** – genaugenommen auf ewig – **zu verweigern.** Daraus wiederum ergibt sich als zwingend logische Schlußfolgerung, **daß die BRD trotz vieler Elemente einer freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratischen Verfaßtheit im Kern keine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie, sondern ein Vasallenstaat mit diktatorischer Grundstruktur darstellt.**

Natürlich taucht bei einer solchen Schlußfolgerung, die der üblichen Version widerspricht – nämlich der Version einer vollen Souveränität der BRD und des deutschen Volkes – sofort die Frage auf, ob diese Schlußfolgerung nicht eine Überinterpretation darstellt. Nun, wenn die Interpretation nicht zutrifft,

- was sollte dann die Vereinbarung *45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges,*
- warum erklärte man *sämtliche gesetzgeberischen, gerichtlichen und administrativen Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte* für *unantastbar*, und zwar *ohne jede inhaltliche und zeitliche Einschränkung,*
- warum sollten sämtliche Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte die Grundlage und der Rahmen sein für *alle weiteren staatlichen Maßnahmen,* und zwar auch hier *ohne jede Einschränkung,*
- und warum verwehrte man damit dem Deutschen Volk die *Selbstbestimmung* und eine *völlig frei gewählte eigene Verfassung für alle Zukunft?*

So geht man eigentlich nur mit Kolonialvölkern um. Die regierenden Schichten der *Drei Mächte* haben da ja reiche Erfahrungen, gegenüber unbotmäßigen Indianern, Schwarzen, Indern, Vietnamesen, Algeriern.

Im übrigen nenne ich nachfolgend *sehr gewichtige Beweise*, daß sich die *Theorie* – meine Interpretation – in der politischen *Praxis* deutlich widerspiegelt. Mehr noch: die Sach- und Rechtslage erweist sich im Spiegel dieser Beweise als klarer Ausdruck *eines imperialistischen Feldzugs mit dem Ziel, das Deutsche Volk auf ewig zu knebeln und möglichst nicht nur politisch, sondern auch sonstwie zu „entdeutschen“.* Entdeutschen? Ja. Denn zu was führt eine *Unterdrückung*, zu was eine auf unbegrenzte Zeit gewollte *Verhinderung einer Selbstbestim-*

mung? Zur Praktizierung einer *Fremdbestimmung*. Was sonst. Und was bedeutet Fremdbestimmung anderes als die Aufprägung einer fremden Bestimmung, einer fremden Art, also bei den Deutschen eine Entdeutschung? Und sind die meisten unter uns nicht schon weitgehend entdeutscht? Die Entdeutschung ist inzwischen schon so weit gediehen, daß ein Deutscher, der deutsch sein will, damit rechnen muß, schräg angesehen bis diffamiert, nicht selten sogar körperlich und juristisch angegriffen zu werden.[2]

Der antideutsche Feldzug begann nicht 1939, sondern sehr viel früher. Manche behaupten, er hätte mit dem Ersten Weltkrieg begonnen. Doch er begann noch früher, sehr viel früher. 1914 trat er nur in seine vorerst letzte Phase ein. Der britische Premier und erklärte Zionist Winston Churchill[3], dann einer seiner Nachfolger, John Major[4], außerdem der britische UNO-Botschafter und spätere Botschafter in Paris Lord Herbert Gladwyn[5] sprachen von einem *Dreißigjährigen Krieg* gegen Deutschland und meinten die Zeit von 1914 bis 1945. Ähnlich äußerte sich Henry Kissinger.[6] Doch endete der Feldzug 1945? Mitnichten. Nach dem Krieg hatten die Deutschen noch mindestens 12 Millionen Todesopfer zu beklagen (alle Vertreibungsopfer mit eingerechnet). Daneben erlebten sie eine bis heute fortdauernde Entmachtung, Umerziehung, Kontrollierung, Überfremdung, Familien- und Nachwuchsfeindlichkeit, Ausplünderung, Heimat- und Umweltzerstörung. Wenn wir den Beginn des Krieges erst 1914 ansetzen, dann dauert dieser Krieg, genau genommen, schon 87 Jahre, nur daß dieser Krieg mit wechselnden, keineswegs nur militärischen Mitteln geführt wird, und daß er keineswegs beendet ist. Ich will dazu an dieser Stelle nichts weiter ausführen. Hinsichtlich des Krieges nach 1945 findet der Leser einiges in diesem Heft, mehr noch in nachfolgenden Heften und ansonsten sehr viel weiteres Material in den zahlreichen Veröffentlichungen des *Verlags für ganzheitliche Forschung*. Hier sollen nur noch einige Zitate folgen, die geeignet sind, ein wenig Licht auf die tatsächlichen politischen Tendenzen zu werfen.

---

[2] Nur ein kleines Beispiel unter vielen tausenden, das ich heute in *Mensch und Maß* (Folge 12, 23.6.2001, S. 559f.) las: In einem offenen Brief, veröffentlicht in den *Ruhr-Nachrichten* vom 8.5.2001, verlangten die *Grünen* und ihre Fraktionssprecherin Daniela Schneckenburger, daß eine Lesung des zweiten Vorsitzenden des *Vereins Deutsche Sprache*, des Autors Dr. Horst Hensel, in der Stadt- und Landesbibliothek abgesetzt werde, weil er in seinem Buch *Sprachverfall und kulturelle Selbstaufgabe* erklärt habe, daß wir *„sprachlich und kulturell ... schon wie in einem besetzten Land lebten"*. Das sei *„nationalistische Deutschtümelei"*.

[3] Winston Churchill in einem Brief an Josef Stalin vom 27.2.1944: *„Ich betrachte diesen Krieg* [1939-1945] *gegen deutschen Angriff samt und sonders als einen 30jährigen Krieg von 1914 an."* (*Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941-1945*, Bd. I, S. 204, zit. nach Udo Walendy, *Wahrheit für Deutschland*, Vlotho 1970, S. 48.)

[4] John Major in einer Rede in Berlin am 8. Mai 1995 zur gemeinsamen Feier des Sieges vom 8. Mai 1945: *„Vor fünfzig Jahren sah Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945." Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung*, Nr. 38, Bonn 12.5.1945. Siehe außerdem „press-release" der brit. Botschaft vom 13.11.1995.

[5] Lord Gladwyn bewertete beide Weltkriege als einen *„30jährigen Krieg von 1914-1945"*, allerdings mit einer ausführlichen Begründung. Darin heißt es: *„Heute kann man den sogenannten ersten Weltkrieg als das ansehen, was er tatsächlich war, nämlich als den Beginn des dritten europäischen Bürgerkrieges (1914-1945); der erste war der Dreißigjährige Krieg, der zweite die Französische Revolution und die Zeit Napoleons. Bei allen diesen Kriegen ging es um die Grundfrage: Wie* [und vor allem von wem! R.B.] *sollte Europa regiert werden? Sollte es irgendeine zentrale Autorität geben? In gewissem Sinne war die Katastrophe von 1914 vermeidbar, ja man könnte sagen, sie war ein einziger furchtbarer Irrtum.* [So, nur ein Irrtum! Welche Verniedlichung imperialistischen Macht- und Vernichtungswillens! R.B.] ... *Aber der Versailler Vertrag brachte keine Lösung* [sollte er das denn? R.B.] ... *Zwar war Deutschland als potentielle Macht nicht beseitigt worden. Das zweite Deutsche Reich existierte zwar nicht mehr, aber die Weimarer Republik blieb weitgehend Herr über ihr eigenes Schicksal ... Trotz des überall verkündeten totalen Sieges der Alliierten endete der Kampf von 1914-1918 in Wirklichkeit unentschieden. Da das eigentliche lebenswichtige politische Problem* [auch wieder eine völlig verniedlichende Formulierung! R.B.] *offensichtlich nicht gelöst worden war* [vor allem nicht die Vernichtung Deutschlands, R.B.], *lag es auf der Hand* [*auf* oder *in* wessen Hand? R.B.], *daß irgendwann ein weiterer Versuch gemacht werden würde, eine Lösung zu finden."* (Lord H. Gladwyn, *Pladoyer für Europa*, Köln 1967, S. 29 f.)

[6] Siehe die Zitate auf S. 6 und 7 dieser Schrift.

Gleich nach der sogenannten Wiedervereinigung – die nur eine Teilvereinigung war – äußerte der ehemalige Botschafter Hans Arnold, teilweise jüdischer Herkunft, am 18.5.1990 in der *Zeit*, deren Herausgeber schon seit vielen Jahren Mitglied der *Bilderberger* u. a. überstaatlicher Lenkungsgremien ist, von denen er seine besonderen „Anregungen" und „Weisungen" erfährt, und zwar unter der bezeichnenden Überschrift „Deutschland muß sich selbst entmachten – Nur so wird die Wiedervereinigung für Europa verträglich":

„... ***Das künftige Deutschland wird, als ein europäisches Deutschland, in Europa wirtschaftlich und militärisch entmachtet sein müssen.***

Die wirtschaftliche Integration ist durch den EG-Prozeß vorgegeben und ***unumkehrbar.*** *Und dieser Prozeß wird sich, wie sich auch an der jüngsten KSZE-Wirtschaftkonferenz in Bonn ablesen ließ, schrittweise und mit abgestuften Verfahren auch auf Osteuropa ausdehnen.* ***Die Möglichkeit, wirtschaftliche Macht für politische Zwecke auszuspielen, wird es diesem Europa für Deutschland nicht geben.***

Die ***politische Domestizierung*** *hingegen wird schwerlich aus einem allgemeinen Trend folgen. Zu vage sind bisher die Aussichten für eine politische Integration Westeuropas, in die Deutschland eingebunden werden könnte...*

Für das künftige Deutschland sollte es daher nicht länger nur darum gehen, daß kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgehen darf. ***Vielmehr sollte von diesem jetzt die Entnationalisierung der europäischen Nationalsstaaten ausgehen. Dafür ist eine konsequente Verstärkung der Föderalisierung im künftigen Deutschland bis hin zu einer maßgeblichen Beteiligung der Bundesländer an der Außen- und Sicherheitspolitik geboten. Ein derart kompromißlos föderalisiertes und damit in seiner außenpolitischen Aktionsfreiheit gewollt eingeschränktes Deutschland wäre für Europa ein neues und bedeutsames Element der Stabilität und des Ausgleichs.***

Der politischen Entspannung folgte eine militärisches Auseinanderrücken zwischen Ost und West. Ihm wird nun in gleicher Konsequenz die ***Entmilitarisierung des bisherigen Kampffeldes Deutschland*** *folgen müssen.*

Es werden also neue Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit gefunden werden müssen. Und wie die Bundesrepublik bei ihrem Eintritt in das westliche Bündnis Einschränkungen ihrer Souveränität auf sich nahm, so sollte jetzt das geeinte Deutschland in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem mit vergleichbaren ***Vorleistungen*** *eintreten. Im eigenen Interesse und dem Europas wird* ***Deutschland unter gesamteuropäischer Kontrolle und Garantie zur militärischen Bedeutungslosigkeit schrumpfen müssen.*** " (Hervorhebungen nicht im Original.)

Der ehemalige US-Außenminister Henry A. Kissinger äußerte sich in gleicher Stoßrichtung in der *Welt am Sonntag* vom 1.3.1992, S. 5, unter dem Titel „Die Einigung Europas darf nicht auf Kosten der NATO erfolgen":

„Die Atlantische Allianz wurde 1949 geschaffen, als die Rote Armee an der Elbe stand und eine sowjetische Invasion Westeuropas bevorzustehen schien. Deutschland war geteilt und entmilitarisiert, und Europa begann gerade erst, sich wirtschaftlich zu erholen. Die Bedeutung der NATO nahm mit der Aufgabe zu, das sich wiederbewaffnende Deutschland in einem größeren Rahmen als dem nationalstaatlichen zu verankern. Ähnliches galt für die Europäische Gemeinschaft, gedacht als Nebenstruktur zur Atlantischen Allianz, die versuchte, ein wiedererstarkendes Deutschland zu integrieren." An anderer Stelle sprach Kissinger offen von einer *„zur Beschränkung Deutschlands gedachten EG".* Die Gedankengänge Kissingers hinsichtlich Deutschlands, nämlich es *„zu verankern", „zu integrieren", „zu beschränken",* die ja nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland völlig unter Kontrolle gehalten werden soll, etwa im Sinne der Äußerung des früheren Generalsekretärs Lord Ismay – übrigens ebenfalls wie Kissinger jüdischer Herkunft – , die Aufgabe der NATO wäre *„die Amerikaner in*

Europa zu halten, die Russen aus Europa herauszuhalten und die Deutschen niederzuhalten", diese Gedankengänge lassen sich auch auf die derzeitige Entwicklung hinsichtlich der Bundeswehr beziehen. In der Ausgabe 2/1999 der Zeitung *Der Heimkehrer*[7] heißt es u.a.:

„Multinationalität ist ein besonderes Kennzeichen bei der Gestaltung von Sicherheit mit militärischen Mitteln. Gemeinsam sind wir stark. Bundeswehr voll integriert in multinationalen Verbänden... Die NATO-Landstreitkräfte verfügen über vier multinationale Großverbände, die hauptsächlich als Krisenreaktionskräfte konzipiert sind, das heißt, kampfstark, schnell verfügbar und in kürzester Zeit einsatzbereit. Deutschland ist als ***einzige*** *Nation an allen multinationalen Großverbänden der NATO beteiligt* [also überall gebunden, R. B.]. *Das deutsche Heer ist darüber hinaus auch bilateral* [zweiseitig] *mit den NATO-Partnern verbunden. Auch die deutsche Luftwaffe und die deutschen Seestreitkräfte sind mit ihren Kampfgeschwadern NATO-integriert. Wenn z. B. die Marine ausläuft, so fahren die Zerstörer, Fregatten und U-Boote in der Regel in einem gemischten NATO-Verband ... In einem historischen Wandlungsprozeß befindet sich derzeit das deutsch-dänische Korps LANDJUT mit Stab in Rendsburg. Mit dem NATO-Beitritt Polens wird LANDJUT in ein Multinationales Korps Nord-Ost mit Hauptquartier in Stettin umgegliedert."*

Die Bundeswehr steht also unter völliger Kontrolle, wie es sich für Truppen unterjochter Völker geziemt. Das war schon im Alten Rom so. Warum sollte es heute anders sein?

In diesem Zusammenhang sollte man an einen Artikel in der *Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung* erinnern, der sozusagen einen Teil der wahren Pläne mit Deutschland enthüllte. Er erschien am 24.6.1993, verfaßt von J.-P. Picaper, dem Deutschlandkorrespondenten der sich in jüdischem Besitz befindenden Zeitung *Le Figaro,* Paris:

„Wo leben die Deutschen denn nur? ... Haben die Deutschen wirklich eine so 'lange Leitung', daß sie immer noch nicht verstanden haben, was auf der Welt los ist? Ich erinnere mich an die spektakuläre Pressekonferenz des UNO-Generalsekretärs im vergangenen Januar in Bonn, als er seine Enttäuschung über das deutsche Verhalten – ausdrücklich – mit undiplomatischer Offenheit bekundete und Vorschläge der Bundesregierung, die in den nächsten Jahren nach dem Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin verlassene Geisterstadt und Investitionsruine Bonn den Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen, ironisch abschlug. Ganz andere ***Leistungen*** *werden von den Deutschen* ***verlangt*** *als solche, die ihre Fehlentscheidungen international ausgleichen würden.*

Nachdem sich die Germanen in der Geschichte einen Ruf wie Donnerhall verschafft hatten, sind die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland ... inzwischen zum sanftesten Volk auf Erden geworden. [Ach, jetzt auf einmal! Nachtigall, Nachtigall. R. B.] *Ich glaube, nur die Eskimos sind friedfertiger als die Deutschen, diese blauäugigen 80 Millionen Friedensengel beziehungsweise -apostel. Ja, das Wort Apostel ist keineswegs übertrieben. Der missionarische Eifer ist zwischen Rhein und Oder groß. Neulich fragte mich eine Nachbarin, wann denn meine Frau zu den 'Frauengesprächen über Friedenserziehung' kommen würde. Ich spürte, wenn sie weiterhin nicht hingeht, werden sich bald erhobene Zeigefinger gegen uns richten. Wir werden als kriegslüstern gelten.*

Auf welchem Planet leben eigentlich die Deutschen? In den 60er, 70er und 80er Jahren, als Westeuropa und in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar bedroht waren, flüchtete die deutsche Intelligenz auf eine Wolke, hoch oben über den Dächern Europas. Dort oben debattierte sie hochgelehrt und auf 'Fachjargonesisch' über das Wesen des Kapitals und über den ewigen Frieden. Sie betrieb dort den Kult des guten Gewissens. ...

Wer so eindringlich wie die Gegner von UNO-Einsätzen auf das Grundrecht pocht, sollte eben den Wortlaut der Verfassung beherzigen, der Offensivkriege verbietet, aber Selbstvertei-

[7] H.-D. Lorenz, „Gemeinsam sind wir stark. Bundeswehr voll integriert in multinationalen Verbänden", *Der Heimkehrer*, März/April 1999, S. 3.

digung der Deutschen bei Angriffen und Unterstützung von Verbündeten und Freunden in Notlagen mit militärischen Mitteln erlaubt...

Das 20. Jahrhundert kannte zwei große Kriege und den Kalten Krieg. Daneben gab es zahlreiche kleinere, mörderische Kriegsschauplätze. Das chaotische 21. Jahrhundert mit seinen tausend begrenzten Kriegen und Lokalmassakern hat bereits angefangen. Wenn sie Mittel- und Westeuropa auch (noch) nicht unmittelbar betreffen, wäre es dennoch töricht zu glauben, man könnte sich aus seiner Epoche wegstehlen und seine Haut ins neutrale Abseits retten.

So empfanden es meine Landsleute, als die Deutschen im Golf nur mit dem Scheckbuch anwesend waren...

Hinweise auf die Vergangenheit sollten nicht zu falscher Logik verführen und zu bequemen Ausflüchten entarten. Da ich in dieser Zeitung schreibe, nehmen wir den Fall an, Israel würde eines Tages wie Kuwait überfallen werden (das ist übrigens schon passiert). Sollten die Deutschen auf die Vergangenheit hinweisen, um sich vor einer Rettungsaktion der UNO zu drükken? ***Wäre es da nicht besser, wenn deutsche Soldaten zum Schutze des jüdischen Staates ihr Leben aufs Spiel setzen?*** *Und sei dies nur im eigenen europäischen Interesse, denn die Deutschen können die Verteidigung Europas – auch nicht außerhalb Europas – nicht immer anderen überlassen."*

Solche und ähnliche Kommentare gab es seitdem viele. Nun, jedermann mit einem Funken Verstand und Wissen weiß, daß heutzutage so viel wie jeder Krieg nichts anderes darstellt als ein Krieg im Dienste imperialistischer Interessen. Kriege, wo eine Seite frei von imperialistischen Einflüssen und Zielen ist, diese Seite also nur um Leben, Freiheit und Recht kämpft, diese gibt es heute wohl kaum noch. Das gilt auch und gerade dann, wenn ein Krieg von oder gegen Israel geführt wird. Israel ist umgeben von mehr oder weniger feindlich und islamisch-imperialistisch eingestellten Staaten. Israel wiederum ist ein scheindemokratischer, überaus rassistisch und imperialistisch eingestellter Staat, der nach 47 Jahren imperialistischer und rassistischer Aktivitäten kurze Zeit, unter Rabin, vorgab oder sogar wirklich versuchte, den Weg des Friedens, der Versöhnung und des Ausgleichs zu gehen. Vermutlich handelte aber auch die damalige israelische Führung so wie die heutige, getreu nach dem Spruch der Thora (5. Mos. 20/10ff.):

„Wenn du vor eine Stadt ziehst, sie zu bestreiten [zu erobern], *so sollst du ihr den Frieden anbieten. Antwortet sie dir friedlich und tut dir auf, so soll all das Volk, das darin gefunden wird, dir zinsbar und untertan sein.*

Will sie aber nicht friedlich mit dir handeln [sich sofort unterjochen lassen] *und will mit dir kriegen, so belagere sie. Und wenn sie der Herr, dein Gott, dir in die Hand gibt, so sollst du alles, was männlich darin ist, mit des Schwertes Schärfe schlagen* [also ausrotten]. *Allein die Weiber, die Kinder und das Vieh und alles, was in der Stadt ist, und allen Raub sollst du unter dich aufteilen ... Also sollst du allen Städten tun, die sehr ferne von dir liegen und nicht von den Städten dieser Völker hier sind.*

Aber in den Städten dieser Völker, die dir der Herr, dein Gott, zum Erbe geben wird, ***sollst du nichts leben lassen, was Odem hat."***

Die *Thora* ist bekanntlich die religiöse, ethische und politische Richtschnur des Mosaismus und der Führung in Israel, siehe z.B. ID-Nr. 0350 oder 0735.

Aber sei dem wie es sei: Jedenfalls plädiert hier die *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* für militärische Einsätze deutscher Soldaten für israelische Interessen und jene, die damit konform gehen. Die Deutschen waren inzwischen genügend gehirngewaschen und geknebelt, daß man solche Wege offen gehen konnte. Um nicht mißverstanden zu werden: Wenn es sich tatsächlich um einen *Notwehr*-Fall handeln sollte und nicht um einen Krieg, wo beide Seiten mehr oder weniger imperialistische Ziele verfolgen, halte ich militärische Hilfeleistung für gerechtfertigt. Aber nach allgemeiner Erfahrung stünde in einem *solchen* Fall Deutschland wie-

der einmal auf der „falschen“ Seite. Kriegführen, Länderzerstören, Völkermorden dürfen bekanntlich nur die Guten, und die sitzen in Jerusalem, Rom, Washington und neuerdings, nachdem man die Vertretung deutscher Interessen weitgehend aufgegeben hat, auch in Berlin, nicht aber dort, wo noch Recht und Freiheit herrschen. Inzwischen ziert sich Berlin auch nicht mehr. Aus dem „Drückeberger“ ist ein „Mitbedrücker“ geworden, eine der Tentakeln der großen Gutmenschen-Krake.

Der bekannte jüdische Kommentator William Safire schrieb dann in einem ebenfalls „wegweisenden“ Artikel, der am 30.9.1994 in der *Chicago Tribune* und zahlreichen anderen amerikanischen Zeitungen erschien:

„Die gegenwärtige amerikanische Truppenstärke in Europa ist 161.000. Die Hälfte davon sind in Deutschland. Geplant für eine Dauerstationierung sind insgesamt 100.000. Das sind zu viel für eine US-Nebenrolle. Ich denke, wir sollten nur 50.000 dort behalten, hauptsächlich See- und Luftstreitkräfte im Mittelmeerraum. Die Verringerung unserer Truppenstärke sollte die anderen NATO-Mächte dazu bewegen, Polen in die Allianz aufzunehmen, so daß polnische Soldaten unsere gegenwärtigen Streitkräfte auf deutschem Boden ersetzen können.“

Nun noch einmal Henry Kissinger, in dem bereits zitierten Artikel:

„Zweimal im Zeitraum von nur einer Generation führte Amerika Kriege, ***weil amerikanische Staatsführer davon überzeugt waren, daß die Vorherrschaft einer einzelnen feindseligen Macht in Europa eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen darstellte. An dieser Realität hat sich nichts geändert*** [!]. *Auch wenn es heute scheinbar keine für Amerika feindlichen Mächte in Europa mehr gibt, könnte die Entstehung einer neuen hegemonialen Mächtekonstellation schnell als feindlich angesehen werden. ... Es kann in niemandes Interesse liegen, wenn sich Deutschland und Rußland gegenseitig als Hauptverbündete betrachten. Wenn sich beide Mächte zu nahe kommen, besteht die Gefahr der Hegemonie. ... Amerika ist stets gegen eine autonome europäische Streitmacht innerhalb der NATO gewesen, weil sie, so das amerikanische Argument, wegen der Übereinstimmung amerikanischer und europäischer Interessen* [nein, es ist die Übereinstimmung der über- und innerstaatlichen, von Priester-, Funktionärs- und Geldkasten geleiteten Machtgruppen hinsichtlich ihrer imperialistischen Interessen, R. B.] *überflüssig sei. ... Ohne Amerika sind Großbritannien und Frankreich nicht in der Lage, das politische Gleichgewicht in Europa* [was ist das? das ist doch nichts anderes als ein Tarnwort für die eigenen imperialistischen Bestrebungen, die nicht das Gleichgewicht, sondern die eigene Vorherrschaft zum Ziel haben, R. B.] *zu gewährleisten. Deutschland hätte keine Anker* [=Fesseln], *um nationalistischen Versuchungen* [=Bestrebungen nach Selbstbestimmung und -bewahrung,. R. B.] *und möglichem Druck von außen* [der Druck seitens der Westmächte gehört nicht dazu, R. B.] *entgegenzuwirken. ... Eine geteilte französisch-deutsche Führungsrolle in der EG ist beizubehalten, damit Frankreich sein* ***Vetorecht über die deutsche Politik*** *behält; die* ***amerikanische Karte ist in der Hinterhand*** [*Hinter*hand ist gut, klingt wie *Hinter*halt, und es ist nicht bloß eine *Hand*, es ist die imperiale, notfalls atomare Faust, R.B.] *zu behalten, falls der französisch-deutsche Ansatz scheitert. ... Herausforderungen* [für die USA, d.h. politischer und militärischer Einsatz der Faust, R. B.] *könnten sich aus dem Chaos auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aus ethnischen Konflikten und politischer Instabilität in Osteuropa und der* ***Neudefinition der Rolle Deutschlands*** [d.h. die Wiedererlangung der freien Selbstbestimmung und -bewahrung, R. B.] *ergeben.“*

Zweieinhalb Jahre später, am 23.10. und 13.11.1994 äußerte sich Kissinger noch deutlicher. Ich zitiere die Stellen und den Kommentar dazu aus dem *Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens*, Zirkelbrief 119, Jan./Febr. 1995, S. 2ff. Das Original der beiden in der *Welt am Sonntag* erschienenen Texte liegt mir vor:

„Offenbarungseid und Endzeitstimmung – Zu Herrn Kissingers Artikel in der WamS vom 23. Oktober 1994.

Kissinger hat seinen Artikel überschrieben 'Amerika muß die Zeit nutzen, die Kanzler Kohl noch bleibt'. Wenn man diese Überschrift liest, erwartet man eine der üblichen Stützungsaktionen der deutschen Ausverkaufspolitik durch den ehemaligen Außenminister der USA. Wenn man weiterliest, wird einem bewußt, daß nicht nur Herrn Kissingers Rockschöße zu flattern begonnen haben: Der Atem der Götterdämmerung breitet sich aus im Lager der Westlichen Wertegemeinschaft.

Wie bei Offenbarungseiden üblich, erscheinen jetzt endlich sogar wahre Bewertungen in der Bilanz: Wie sehr die USA und ihre Hintermacht von der Kunst Kohls abhingen, Deutschland einzubinden, es an die Kette zu legen, das bekennt Kissinger jetzt mit einem Stöhnen vorübergehender Erleichterung darüber, daß Kohl die letzte Wahl gerade noch gewinnen konnte. Sehr ehrenvoll für Kohl!

Und dann breitet Kissinger die Gründe für seine Angst aus:

Da werde es dem Statthalter der USA in Europa künftig schwerer werden, seiner Aufgabe zu genügen, denn im Bundestag gebe es jetzt zwei gleich große Blöcke, und im Bundesrat hat Kohls Partei keine Truppen (außer in Bayern, und da ist es die CSU, nicht die CDU, und in Sachsen, da ist es der verflixte Biedenkopf). Aber, Inschallah!, er wird es schon nochmal schaffen!

Und dann jammert die Fürther Kassandra, daß diese Wahl eben doch der Vorbote nachhaltiger Umwälzungen der politischen Landschaft in Deutschland sei, ja ***daß der Anfang vom Ende der Ära Kohl gekommen sei.*** *Es ist schon bitter, wenn man einen so stabilen Collaborateur verliert! Kissinger nennt ihn eine überragende Persönlichkeit; da können sich die Deutschen noch etwas auf ihn einbilden.*

Ganz vorsichtig spielt Kissinger dann mit dem möglichen Mißgeschick, daß die FDP einmal wieder umfällt, zumal der gute Genscher keinen brauchbaren Nachfolger gefunden habe. Da werde Kohls Position so gefährdet sein wie nie zuvor. Bevor unser Mentor Germaniae die Katze aus dem Sack läßt, räsonniert er noch hin und her über die Unwägbarkeiten mit den Liberalen, dann aber sagt er es uns: Kohl sei eine der schöpferischsten Figuren (sic!) unserer Zeit. (Ich denke an Schachfiguren ...). Er sei ein Schutzschild gegen die völkischen (er sagt 'nationalistischen') oder romantischen Versuchungen gewesen, unter deren Folgen sein Volk (sieh mal an, da gibt es sogar noch ein Volk!) jüngst so viel gelitten habe. Woran man sieht, wer uns hier verbietet, national zu denken und zu fühlen! So sei Kohl eben der Garant für die atlantische und europäische Ausrichtung Deutschlands, und, was er nur 'implicite' sagt: Für die Ausrichtung Deutschlands gegen die Deutschen.

Kissinger als Jude denkt folgerichtig und er denkt in Generationen: Das Ende der Ära Kohl sei auch die Folge eines Generationenwechsels. Kohl könne sich noch an die amerikanische Hilfe beim Wiederaufbau Europas erinnern, die Jungen können das nicht.

Wie gut, daß sich Kohl nicht unnötig an die Verbrechen der USA an den Deutschen Kriegsgefangenen erinnert, denen die USA durch die Umbenennung in 'disarmed Enemy Forces' (Entwaffnete Feind-Streitkräfte) den Schutz des Roten Kreuzes entzog, um sie ermorden zu können, d.h., verhungern zu lassen. Kissinger weiß, warum er den Wiederaufbau Europas erwähnt, den Deutschlands verschweigt! Die Jungen können sich daran natürlich nicht erinnern, aber sie können darüber lesen!

Und dann schildert Kissinger die Hölle selbst: Die nächste Generation wird die nationalen Interessen ihres Staates nüchterner beurteilen und eher bereit sein, Deutschland seine eigene nationale Rolle zukommen zu lassen, sagt er. Ich vermute, daß diese junge Generation diese Rolle verlangen wird, und nicht nur 'zukommen lassen'. Sicher ganz richtig sieht Kissinger die Wirkung des PDS-Spektakels voraus: Das wird die Schlafmützen eher aufwecken!

O Schreck, und nun ist auch noch die Atlantische Allianz überflüssig geworden! Wie schön war es noch in der guten alten Zeit, als sich die Deutschen der BRD und die der DDR feind-

lich gegenüberstanden. Mit der 'Wiedervereinigung' (womit Kissinger die Teil-Wiedervereinigung meint) sei der Anreiz für die Unterordnung unter supranationale Institutionen entfallen. Und nun sind auch noch die Russen weg! Und darauf muß uns erst Herr Kissinger stoßen: Die Bundesregierung hat für das ganze Affentheater mit der NATO und WEU und so weiter keinerlei vernünftigen Grund mehr vorzubringen!

Und es geht noch weiter: Da auch die USA keinen Anstoß zur Definition neuer Ziele der NATO geliefert haben und auch nicht liefern, bestehe nun für Deutschland die Versuchung, einen nationalen Weg zu suchen. In der Tat, wenn man darüber nachdenkt, bleibt kein einsehbarer Grund mehr für die unumkehrbaren Abenteuer Kohls. Kehren wir sie doch um!

Vom nächsten Absatz in Kissingers Aufsatz verstehe ich das Argument zwar nicht (welche universalistischen Institutionen meint der weise Mann da wohl?), aber ich fühle seine Angst, daß das Ende der Verkohlung auch die USA in neue Bahnen zwingen wird. Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los!

Und als ob Furien in Kissingers Nacken säßen, verlangt er nun nicht nur, die USA sollten die paar Jährchen um Gottes willen nutzen, in denen sie den besten Kanzler für Deutschland noch besitzen. Nein, er spricht sogar davon, ***daß das Zurückzucken vor der Definition neuer Grenzen bedeute, sich von jenen abhängig zu machen, die das Ende des Kalten Krieges zur Irrelevanz verdammt habe.*** *Da kann man nur raten, diesen Satz ein paarmal zu lesen und dann gründlich über ihn nachzudenken. Man vergesse nicht: Kissinger spielt nicht nur die Rolle der Kassandra gut, er beherrscht auch die Sphinx meisterhaft.*

Was immer geschieht, meint Kissinger, Amerika und Europa werden sobald nicht wieder einen ebenso verläßlichen wie mutigen Partner finden wie Kohl.

Das läßt hoffen. Deutschland wird so bald nicht wieder einen Kanzler finden, dem Deutschland wurscht ist, der hartnäckig abenteuerliche Wege einschlägt, und zwar 'unumkehrbar'. Man ist an Arnold Böcklins 'Abenteuer' erinnert: Die Schiffe verbrannt, die Brücken abgebrochen, die Pferde geschlachtet, die Weiber vergiftet: Auf zu neuen Ufern!

Nein, noch ist Deutschland nicht verloren! In der tiefsten Nacht beginnt der neue Tag!

Geständnis, Verwirrung und Klarheit – Zu Herrn Kissingers Interview in der WamS vom 13. November 1994:

Hier zunächst der vollständige Absatz mit der Antwort Kissingers:

> *'Präsident Clintons Gedanke von den Führungspartnern USA und Deutschland war nicht gerade weise, denn dies ist eines jener Schlagworte, die nichts Gutes bringen. - Tatsächlich treibt dieser Gedanke* [daß die USA und Deutschland die partnerschaftliche Führungsrolle spielen sollen] *alle auf die Barrikaden, denn* ***letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern.*** *– Deutschland und die Vereinigten Staaten sollten enge Freunde sein. Doch man tut Deutschland keinen Gefallen, wenn man es als Führungsmacht bezeichnet.* ***Die deutsche Rolle sollte als Teil Europas definiert werden.*** *– Und in diesem Rahmen wird Deutschland eine gewaltige Rolle spielen.'*

Das Geständnis: *Hier haben wir zwar kein offizielles Geständnis der Kriegsschuld der Alliierten, denn Kissinger ist ja Privatmann. Trotzdem ist dieses Geständnis maßgebend, denn Kissinger war US-Außenminister, Nahostberater des Präsidenten, sein Sicherheitsberater und anderes.* *Jetzt wissen wir aus wahrlich berufenem Munde, daß Weizsäcker log, als er am 8. Mai 1985 sagte: 'Hitler wollte die Herrschaft über Europa und zwar durch Krieg.' Und auch Kohl log, als er am 1.9.1989 sagte: 'Anders als nach dem Ersten Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt.' Kissingers Geständnis macht keinerlei Unterschied zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Und er sagt klar, daß es nicht Deutschlands Herrschaftsanspruch war, der die Alliierten zum Angriff auf Deutschland bewog, sondern die Absicht, Deutschlands dominante Rolle*

in Europa zu verhindern. Mit der Gleichsetzung der Kriegsgründe des Ersten mit dem Zweiten Weltkrieg ist auch die Behauptung widerlegt, es sei den Alliierten um die Beseitigung der Nationalsozialisten, Hitlers oder des 'Faschismus' gegangen: Es ging um die Konkurrenz, sonst um nichts. [Nein, weniger um die Konkurrenz, sondern um ganz gewöhnlichen Imperialismus, nämlich um die Weltherrschaft der überstaatlichen Mächte, vor allem der mosaistisch-freimaurerischen. Diesem Streben stand vor allem Deutschland im Wege. R. B.] *Jetzt liegt das* ***Tatmotiv*** *offen auf dem Richtertisch, und das* ***Geständnis der Tat*** *dazu. Es waren die Alliierten, die die Weichen zum Zweiten Weltkrieg stellten, und zwar in Polen, und die den Krieg gewollt, geplant und entfesselt haben. Schließlich haben sie ja auch den Krieg erklärt, am 3. September 1939. Die Juden hatten ihn Deutschland schon am 24. März 1933 erklärt.*

Die Verwirrung*: Ob Präsident Clintons Gedanke von den Führungspartnern Deutschland und USA sehr weise war, das soll uns nicht anfechten. Hier zeigt es sich in Herrn Kissingers Worten deutlich, daß Clinton, mit welchen Absichten auch immer, mit seinem Gedanken gegen die Sprachregelung verstoßen hat. So etwas wollen sich die anderen, von Kissinger 'alle' genannt, nicht gefallen lassen. Wenn einer, und sei er der Präsident der Vereinigten Staaten, auf den Gedanken kommt, Deutschland zum gleichberechtigten Partner zu machen, dann sind diese 'alle' auf den Barrikaden.*

Kissinger sagt selbst, daß Clintons Gedanke nur die Realität ausdrücke, aber anerkennen kann man diese Realität nicht. Das wäre auch für England 'sehr schmerzlich'.

Wer diese ominösen 'alle' sind, das sagt uns Kissinger durch die Blume: Es sind die Medien in den USA und die Intellektuellen ebenda. [Aber diese sind nur der Vordergrund! R. B.] *Also bitte bloß nicht die nationale (sic!) Rolle Deutschlands betonen! Man kann ja mit Deutschland eng zusammenarbeiten, aber ein 'Gestaltungsinstrument' darf es nicht sein. Auf Deutsch: Die Deutschen dürfen mitarbeiten, aber Rechte stehen ihnen nicht zu.*

Man merkt deutlich, daß in den Köpfen Kissingers und seiner Leute die Endzeitstimmung rumort. Umso schlimmer ist die Verwirrung, die Clinton da angerichtet hat. Wie kann man nur den Geist, der dieser Flasche entwichen ist, wieder einfangen? So:

Die Klarheit*: Kissinger weist den Weg nicht nur andeutungsweise, sondern recht plump: Die deutsche Rolle muß gefälligst als Teil Europas definiert werden. Sätze dieser Art gehören zu Kissingers Stilelementen. Er meint, was Kohl ganz offen sagt: Deutschland muß in Europa 'eingebunden' werden, sodaß es sich nicht rühren kann. Und in diesem 'Rahmen', also innerhalb der klaren Grenzen, die die Europäische Union Deutschland setzt, dürfen die Deutschen dann 'gewaltig' tätig werden, so wie es der ihnen von Herrn Kissinger zugedachten Rolle entspricht.*

Ich fasse zusammen: Auch dieses Gespräch mit Herrn Kissinger verbreitet den Geruch der Endzeitstimmung. Kissinger ist zu klug, um sich über die Entwicklung Illusionen zu machen, und er ist tatkräftig genug, um zu versuchen, dem wiedererwachenden Volksbewußtsein auch westeuropäischer und am Ende sogar mitteleuropäischer Länder gegenzusteuern. Da er und die Seinen auch vom Wohlwollen des Präsidenten der USA abhängen ('am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machten', Goethe) rügt er den Abweichler nicht direkt. Noch glaubt er, sich fest auf die automatische Unterwerfung Deutschlands unter die Kissinger-Doktrin verlassen zu können. Aber wie lange noch?

Mit seinem Gespräch vom 13. November liefert Kissinger uns für seinen Notruf vom 23. Oktober die Erklärung: Ein Glück, daß er und die Sieben noch den Kohl haben. Der ist zwar kein großartiger theoretischer Denker (Gott behüte!), aber er verfügt über unglaubliche Instinkte. Deshalb, denkt Kissinger, könnte er die führende Persönlichkeit Europas sein. Nicht etwa Deutschlands, noch gar im deutschen Interesse!

Mit seinem Geständnis aber hat sich Herr Kissinger selbst ins Knie geschossen: Die Luft wird dünner bei den Internationalisten. Deshalb schlagen sie ja auch so wild um sich.

Wir werden auch die Achse Kissinger-Kohl überleben. Die Zeit arbeitet für uns."
Sicher, die Zeit arbeitet für uns. Aber nur dann mit Erfolg, wenn wir die *richtigen weltanschaulichen und die daraus sich ergebenden ethischen Grundentscheidungen* überall dort herbeiführen, wo dies möglich ist. Genau das ist es, was die „arbeitende Zeit" braucht und wo der Gegner nichts Brauchbares oder gar moralisch Bewegendes zu bieten hat, wo er inzwischen ein „Papiertiger", wie Mao tse Tung zu sagen pflegte, geworden ist.

Der US-Schriftsteller Gore Vidal, ein Cousin des amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, äußerte in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* vom 3.1.1997: *„Wir haben 1945 angefangen, uns den Globus zu erobern. Die NATO wurde nicht eingerichtet, um die armen Europäer vor den Russen zu schützen, sondern um die totale Kontrolle über Westeuropa zu erlangen. Der CIA wurde gegründet, um Wahlen zu manipulieren, die Linke daran zu hindern, die Macht zu gewinnen. Meine Botschaft an die Leser deutscher Tageszeitungen lautet: Nehmen Sie die offizielle Politik der USA nicht ernst! Vielleicht nicht einmal die in Ihrem eigenen Land. Es macht keinen Unterschied, wer gewählt wird. Das Land wird bereits geleitet von den Großkonzernen. Die entscheiden, wer auf den verschiedenen Ebenen der Regierungsgewalt dienen darf. Und sie sind niemandem auf Erden verantwortlich."* In einem ganzseitigen Artikel in der Zeitung *Die Woche* vom 17.7.1998, S. 24, ergänzte er diese Äußerungen folgendermaßen: *„Als die NATO gegründet wurde, bekam nur de Gaulle miz, was wir da taten. Er zog Frankreich aus unserer Cosa Nostra zurück und entwickelte seine eigene Atombombe. Die Russen reagierten, indem sie auf ihre Vasallenstaaten – Ungarn, Tschechoslowakei, Ostdeutschland* [er meint Mitteldeutschland, R. B.] – *einprügelten, und in Berlin ging die Mauer hoch. Von 1950 bis 1990 war Europa gefährlich geteilt und bis an die Zähne bewaffnet. Aber da die US-Waffenproduzenten dabei so reich wurden wie noch nie, war alles bestens* [der übliche Irrtum, daß das ganze Szenario hauptsächlich von wirtschaftlichen Interessen bestimmt würde, R. B.] ... *Für die Europäer ist jetzt die Zeit gekommen, sich von ihren amerikanischen Herren zu befreien.* [Es sind nicht nur die amerikanischen Herren, die hier bei uns ihren Imperialismus pflegen, es sind verschiedene über- und innerstaatlich tätige imperialistische Machtgruppen, mit denen wir es zu tun haben. R. B.] *Es gibt Momente, wo Imperien ihre Energien verlieren und symbolisch werden. Das Gezerre um die NATO zeigt, was für ein Quatsch ein symbolisches Imperium ist, das sein Selbstbild zu Hause und draußen aufrechterhalten will und weder Ideen noch Mittel hat, um seinen früheren Vasallen seine Hegemonie aufzuzwingen."*

Natürlich gibt es noch viele, sehr viele, weitere Belege der vorstehend zitierten Art. Eine ganz andere Art von Belegen wird nachher in der *Anlage* zu meinem Schreiben an das *Landesamt für soziale Dienste* behandelt, sodann in den anschließenden Heften.

Zum leichteren Verständnis: Es folgt jetzt zunächst mein Schreiben an den Kreis Nordfriesland, in dem ich die Gründung der *Freien Republik Uhlenhof* anzeigte. Einen fast gleichen Brief erhielten das zuständige Finanzamt und die Industrie- und Handelskammer in Flensburg. Eine Antwort erhielt ich auf diese Briefe nicht. Was sollten die Empfänger auch antworten! Doch dann ermittelte gegen mich zweimal das *Landesamt für soziale Dienste*, weil ich mit Zahlungen an die Pflegeversicherung stark im Rückstand war. Man verhängte dann auch zweimal ein Bußgeld. Ich wies das Landesamt darauf hin, daß ich Bürger der *Freien Republik Uhlenhof* sei und die BRD keine hoheitliche Gewalt über mich besäße. Zwei Vollstreckungsbeamte, die kamen, um die Bußgelder einzutreiben, schickte ich wieder weg. Da stellte das Amt die Verfahren ein, ohne nähere Begründung ...

Verlag für ganzheitliche Forschung

Freie Republik Uhlenhof

Postanschrift: D-25884 Viöl, Postfach 1
Ruf: 04843-1049 Fax: 04843-1087

An den Landrat
des Kreises Nordfriesland
Gewerbeamt
Marktstr. 6
25813 Husum

23.8.2000

Betrifft: Gewerbeuntersagung

In der Angelegenheit der gegen meine Firmen und mich gerichteten Gewerbeuntersagung teile ich mit:

1. Seit Anfang des Jahres ruhte meine gewerbliche Tätigkeit.
2. Nachdem ich vor einigen Tagen den Beschluß des 3. Senats des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts in Schleswig, Az. 3 L 16/60 - (12 A 336/98) erhalten habe, worin die Zulassung der Berufung in meiner Klage gegen die Gewerbeuntersagung abgelehnt wurde, habe ich die gewerbliche Tätigkeit endgültig eingestellt.
3. Ich bin nur noch als Schriftsteller tätig. Eine gewerbliche Tätigkeit gehört nicht dazu.
4. Alle meine Firmen sind aufgelöst, nur der *Verlag für ganzheitliche Forschung* existiert weiter als *Inhaber von Verlagsrechten*, ist aber nicht gewerblich tätig. Er vermietet oder verkauft auch nicht die Rechte, obwohl das sicherlich zulässig wäre, er vergibt sie kostenlos an Interessenten, die ich für geeignet halte. Sollte das auf Widerspruch stoßen, weise ich darauf hin, daß der Verlag in der Form als Inhaber von Rechten das Asylrecht in der *Freien Republik Uhlenhof* genießt, die sich als Bestandteil des 1871 wiedergegründeten Deutschen Reiches betrachtet, das bekanntlich rechtlich nicht untergegangen ist. Ich weise auch darauf hin, daß ich am 4.7.1937 in Deutschland geboren bin und daher die Staatsbürgerschaft des 1871 wiedergegründeten Deutschen Reiches besitze und daß diese Staatsbürgerschaft weder mir noch meinen gegen den Nationalsozialismus tätigen Eltern während der NS-Herrschaft und ebensowenig danach aberkannt worden ist.
   Der Standort der *Freien Republik Uhlenhof* befindet sich in der Gemarkung Bondelum und umfaßt den dortigen Grund- und Hausbesitz von Mitgliedern der Sippe Bohlinger. Die *Freie Republik Uhlenhof* endet an den Grenzen dieses Privatbesitzes und ist außer durch die räumliche Begrenzung auf diesen Privatbesitz noch dadurch definiert, daß innerhalb dieser Grenzen die Grundsätze einer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen, imperialismus- und rassismusfreien Grundordnung im Dienste der Bewohner dieser Republik tatsächlich und uneingeschränkt gelten, was für die Bereiche außerhalb des Zaunes nicht der Fall ist, was ich auf verschiedene Weise (Gerichtsverfahren, Veröffentlichungen, Auseinandersetzungen mit Teilen der Staatsführung der sogenannten BR) nachgewiesen habe und was der Anlaß für die Gründung der Freien Republik wurde. Selbstverständlich werden von den Bewohnern der *Freien Republik Uhlenhof*, wenn sie ihre Republik verlassen, die in der sogenannten BR geltenden Gesetze und Normen als vorläufig herrschende hingenommen, nämlich bis zur Ablösung der von den Siegermächten initiierten, im 2+4-Vertrag bestätigten und vom Volk nicht durch eine selbst bestimmte Verfassung legitimierten staatlichen, rechtlichen, räumlichen, administrativen und sonstigen Grundlagen der sogenannten BR. Das gilt auch für gewerbliche Tätigkeiten, die sich in den Rechtsraum der sogenannten BR hinein entfalten und die sich daraus ergebenden steuerlichen und sonstigen Verpflichtungen.
   Sollte der Asylstatus des *Verlags für ganzheitliche Forschung* auf begründeten und unausräumbaren Widerspruch von Organen der BR stoßen, wird er ein Asylangebot aus dem Ausland annehmen.

Roland Bohlinger

Roland Bohlinger

Freie Republik Uhlenhof Postanschrift: D-25884 Viöl, Postfach 1 Ruf: 04843-1049 Fax: 04843-1087

Roland Bohlinger, Freie Republik Uhlenhof D-25664 Viöl, Postfach 1

An das
Landesamt für soziale Dienste
Schleswig-Holstein
Außenstelle Heide
Postfach 1840
25738 Heide

Betr.: AZ. 71 OW 33554 00

28.2.2001

Sehr geehrter Herr Weiß,

am 2. Januar 2001 sandten Sie mir einen Bußgeldbescheid zu. Anlaß: mein angebliches Versäumnis der Zahlung von Monatsprämien für die Private Pflegeversicherung.

Ich weise Ihren Bußgeldbescheid zurück.

1. Eines förmlichen Widerspruchs bedarf es nicht, da Sie für meine Person keine Zuständigkeit besitzen.

   Ich bin Bürger der *Freien Republik Uhlenhof.* Diese ist Teil des 1871 (wieder)gegründeten Deutschen Reiches. Ich wurde als Sohn deutscher Eltern im Deutschen Reich 1937 geboren. Ich erwarb damit aufgrund des geltenden *ius sanguinis* die Bürgerschaft des Deutschen Reiches. Trotz kritischer Einstellung meiner Eltern zum Nationalsozialismus wurde weder meinen Eltern noch mir die Staatsbürgerschaft seitens der nationalsozialistischen Regierung aberkannt. Auch nach 1945 kam es zu keiner Aberkennung der Staatsbürgerschaft im Deutschen Reich. Dazu kommt, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nach wie vor existiert, wie das Bundesverfassungsgericht der „BRD" in einem Urteil festgestellt hat. Es existiert derzeit nur keine Regierung des Deutschen Reiches. Das bedeutet völker- und staatsrechtlich, daß für das Staatsgebiet des Deutschen Reiches ein *Interregnum* existiert. Während eines Interregnums können die Bürger des Gemeinwesens im Rahmen der Notwendigkeiten und Möglichkeiten ihre Gemeinschaftsaufgaben selbst regeln, dazu gehört auch die Ausübung von hoheitlichen Rechten. Da die *Freie Republik Uhlenhof* Teil des Deutschen Reiches ist, gilt dort derzeit die Weimarer Reichsverfassung, Gesetze der „BRD" haben dort keine Gültigkeit.

   Zu Ihrer weiteren Aufklärung:

   Die „BRD" ist kein deutscher Staat, sondern ein als deutscher Staat völkerrechtswidrig firmierendes Staatsgebilde der drei westlichen Siegermächte, deren rechtsetzende, rechtsprechende und administrative Gewaltausübung bis heute die normierende Grundlage aller staatlichen Gewalt in der „BRD" bildet und der keine Verfassung besitzt, die vom Volk in freier Entscheidung gewählt wurde. Die „BRD" betrachte ich daher als fremdherrschaftliches Staatsgebilde auf einem Teil des Territoriums des Deutschen Reiches, das ohne verfassungsrechtliche Legitimation besteht. Das ist ein völkerrechtswidriger, antidemokrati-

scher und antirechtsstaatlicher Zustand, der von mir nicht anerkannt wird. Ich erkenne daher auch nicht die hoheitliche Gewalt der „BRD“ über mich an. In der Anlage finden Sie dazu eingehendere Ausführungen.

2. Im übrigen ist Ihr Bußgeldbescheid auch aus sachlichen Gründen nicht berechtigt. Die Auskunft der DKV ist falsch.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Bohlinger

Anlage

Die Anlage folgt auf Seite 18 dieser Schrift.

Zum weiteren Fortgang in dieser Sache:

Auf das obige Schreiben bekam ich zunächst keine Antwort. Stattdessen erschien vor meinem Hause eine Vollstreckungsbeamtin. Sie wollte das Bußgeld kassieren. Ich weigerte mich und wies sie darauf hin, daß sie bzw. Ihr Auftraggeber mir gegenüber keine hoheitliche Gewalt besäßen. Außerdem forderte ich sie auf, erst einmal dafür zu sorgen, daß ihr Auftraggeber auf mein Schreiben anwortet. Das hatte er nämlich unterlassen. In den folgenden Wochen kam weiterhin keine Antwort. Stattdessen wurde ein neues Ordnungswidrigkeitsverfahren angekündigt. Und es erschien erneut jemand, diesmal ein Herr, um zu vollstrecken. Ich wiederholte meinen Vortrag und gab dem Beamten Kopien meiner Texte mit. Kurz darauf traf ein Schreiben ein, in dem behauptet wurde, ich hätte dem Vorgehen des Landesamts ausdrücklich *nicht* widersprochen, außerdem sei zum Zeitpunkt meines Schreibens vom 28.2.2001 die Widerspruchsfrist bereits überschritten gewesen. Das war natürlich Unsinn. Ich hatte u.a. erklärt: *„Eines förmlichen Widerspruchs bedarf es nicht, da Sie für meine Person keine Zuständigkeit besitzen.“* Das heißt, ich widersprach, aber nicht förmlich, und zwar deswegen, weil dem Amt für mich die Zuständigkeit fehle. Ein Verwaltungsakt, der in fremdes Hoheitsgebiet hinreichen soll, ist nichtig. Einem nichtigen Verwaltungsakt fehlt jede rechtliche Existenz, daher können damit auch keine Fristen verknüpft werden.

Auf das neue Ermittlungsverfahren hin verfaßte ich das nachfolgende Schreiben. Etwa vier Wochen später traf die Mitteilung des Landesamts ein, daß das Ordnungswidrigkeitsverfahren eingestellt worden sei. Das heißt: Ich hatte mich durchgesetzt.

Roland Bohlinger

Freie Republik Uhlenhof   Postanschrift in BRD: D-25884 Viöl, Postfach 1   Ruf: 04843-1049 Fax: 04843-1087

Bohlinger, Freie Republik Uhlenhof   D-25664 Viöl, Postfach 1

An das
Landesamt für soziale Dienste
Schleswig-Holstein
Außenstelle Heide
Postfach 1840
25738 Heide

Mit Einschreiben und Rückschein

Betr.: AZ. 71 OW3 3991/01

15.5.2001

Sehr geehrter Herr Weiß,

bereits am 2. Januar 2001 sandten Sie mir einen Bußgeldbescheid zu. Anlaß: mein angebliches Versäumnis der Zahlung von Monatsprämien für die Private Pflegeversicherung. Jetzt, am 9.5.2001 drohen Sie einen neuen Bußgeldbescheid an.

Ich widersprach Ihrem ersten Bußgeldbescheid.

Darauf erhielt ich keine Antwort. Stattdessen wollte ein Gerichtsvollzieher das Bußgeld einziehen. Ich wies das zurück und forderte ihn auf, das „Landesamt für soziale Dienste" der „BRD" erst einmal zu veranlassen, auf mein Schreiben zu antworten. Das ist bis heute nicht geschehen. Also: was soll das Ganze?

Wenn aufgrund von Zinsknechtschaft, Mißwirtschaft, Eurowahn, Fremden- und Konzernkriecherei et cetera pp. zu wenig Geld in den Kassen der „BRD" ist, mögen die Verantwortlichen diese Übel an der Wurzel anpacken und sich nicht immer mehr aufs Plündern verlegen. Das endet dann schließlich nur in Mord und Totschlag.

Zur Klarstellung nochmals:

Ich widerspreche jedem Bußgeldbescheid und jeder Ankündigung eines solchen in Sachen Pflegeversicherung, auch im vorliegenden Fall und in allen künftigen Fällen. Begründung:

1. Eines förmlichen Widerspruchs bedarf es eigentlich nicht, da Ihr Amt für meine Person keine Zuständigkeit besitzt.

   Ich bin Bürger der *Freien Republik Uhlenhof.* Diese ist Teil des 1871 (wieder)gegründeten Deutschen Reiches. Ich wurde als Sohn deutscher Eltern im Deutschen Reich 1937 geboren. Ich erwarb damit aufgrund des damals geltenden *ius sanguinis* die Bürgerschaft des Deutschen Reiches. Trotz kritischer Einstellung meiner Eltern zum Nationalsozialismus wurde weder meinen Eltern noch mir die Staatsbürgerschaft seitens der nationalsozialistischen Regierung aberkannt. Auch nach 1945 kam es zu keiner Aberkennung der Staatsbürgerschaft im Deutschen Reich. Dazu kommt, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nach wie vor existiert, wie das Bundesverfassungsgericht der „BRD" in einem Urteil festgestellt hat. Es existiert derzeit nur keine Regierung des Deutschen Reiches. Das be-

deutet völker- und staatsrechtlich, daß für das Staatsgebiet des Deutschen Reiches ein *Interregnum* existiert. Während eines Interregnums können die Bürger des Gemeinwesens im Rahmen der Notwendigkeiten und Möglichkeiten ihre Gemeinschaftsaufgaben selbst regeln, dazu gehört auch die Ausübung bestimmter hoheitlicher Rechte. Da die *Freie Republik Uhlenhof* Teil des Deutschen Reiches ist, gilt dort derzeit die Weimarer Reichsverfassung, Gesetze der „BRD" haben dort keine Gültigkeit.

Zu Ihrer weiteren Auflärung:

Die „BRD" ist kein deutscher Staat, sondern ein als deutscher Staat völkerrechtswidrig firmierendes Staatsgebilde der drei westlichen Siegermächte, deren rechtsetzende, rechtsprechende und administrative Gewaltausübung – und zwar durch Vertrag eindeutig definiert, vereinbart und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht – bis heute und in Zukunft die normierende Grundlage aller staatlichen Gewalt in der „BRD" bildet. Dementsprechend besitzt dieses Staatsgebilde auch keine Verfassung, die vom Volk in freier Entscheidung selbst gewählt wurde, so, wie sich das für jede Demokratie (=Volksherrschaft) gehört. Die „BRD" betrachte ich daher als fremdherrschaftliches Staatsgebilde auf einem Teil des Territoriums des Deutschen Reiches, das ohne verfassungsrechtliche Legitimation und unter Mißachtung von Völkerrechtsnormen – wie dem Verbot, eine Besatzungsherrschaft über mehr als 55 Jahre hinweg auszuüben – besteht. Das ist ein völkerrechtswidriger, antidemokratischer und antirechtsstaatlicher Zustand, der von mir nicht anerkannt wird. Ich erkenne daher auch nicht die hoheitliche Gewalt der „BRD" über mich an. In der Anlage finden Sie dazu eingehendere Ausführungen.

Im übrigen verfolgen mich Organe und Hilfsorgane der „BRD" seit Jahrzehnten auf eine Art und Weise, wie sie in Gewaltstaaten gegenüber Regimekritikern mehr oder weniger üblich ist. Seitens der „BRD" ist mir gegenüber oft genug die Basis korrekten Umgangs verlassen worden, in einigen Fällen sogar eindeutig die Loyalität und Rechtstaatlichkeit aufgekündigt worden. Wieso erwartet man von mir, daß ich einen Vertrag einhalte, den die Gegenseite längst gekündigt hat? Man redet heute so viel von der Notwendigkeit des Widerstands gegen eine rechtsbrecherische Staatsgewalt. Warum aber nur, wenn es um Vorgänge geht, welche die „BRD" und ihre „Verbündete" nicht betreffen? Für mich gilt diese Notwendigkeit ohne Ausnahme. Und ich verachte jeden, der hier zweierlei Moral und Recht praktiziert.

2. Im übrigen ist Ihr Bußgeldbescheid auch aus sachlichen Gründen nicht berechtigt.

3. Um aber die Rechtsmaschinerie Ihres Staates zum Zweck der definitiven Enthüllung ihres fremdherrschaftlich gesteuerten Charakters in Gang zu setzen, lege ich gegen Ihr Vorgehen auch noch förmlich Widerspruch ein. Die Begründung ergibt sich aus dem, was ich Ihnen bereits zugesandt habe. Sie wird ausdrücklich für den Widerspruch als Begründung geltend gemacht.

Roland Bohlinger



Landesamt für soziale Dienste Schleswig-Holstein

Außenstelle Heide

LAsD SH Postfach 1840 • 25738 Heide

Herrn
Roland Bohlinger
Oberdorf 2

25850 Bondelum

Ihr Zeichen / vom	*Mein Zeichen / vom*	*Telefon (0481)*	*Datum*
	71OW3 3991/01	696-206 Herr Weiß	19. Juni 2001

Mitteilung über die Einstellung des nach § 112 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahrens

Sehr geehrter Herr Bohlinger,

das gegen Sie eingeleitete Bußgeldverfahren ist eingestellt worden.

Ich bitte Sie, die Kürze der Nachricht zu entschuldigen. Dies ist jedoch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung geboten.

Rechtsbehelfsbelehrung
Gegen diese Entscheidung ist kein förmlicher Rechtsbehelf möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Landesamt für soziale Dienste
Schleswig - Holstein
Bußgeldstelle Pflegeversicherung

Hinweis
Das Bestehen einer privaten Krankenversicherung **verpflichtet** Sie zum Abschluß und Aufrechterhaltung einer Pflegepflichtversicherung und darüber hinaus zur **Zahlung der Pflegeversicherungsbeiträge**. Sollten Sie mehrfach mit Sechsmonatsbeiträgen in Verzug geraten sein, müssen Sie entsprechend mit weiteren Bußgeldverfahren rechnen.

Neue Anlage 9
25746 Heide
Telefon (0481) 696-0
Telefax (0481) 696 199
Telefon- und Besuchszeit:
montags bis freitags
von 8.00 bis 12.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

ANLAGE 1 zum Schreiben an das *Landesamt für soziale Dienste* vom 28.2.2001

1. Das zur „BRD" gehörende *Bundesministerium der Justiz* hat am 16. März 1995 unter dem Geschäftszeichen IV B 4-9161 II-48 0188/95 in einem Schreiben an mich, das mit *„Oehler"* unterzeichnet worden ist, bestätigt, daß Artikel 2 Absatz 1 des sog. *Überleitungsvertrages* (*Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung*) nach wie vor gilt. In dem Schreiben des *Bundesministeriums der Justiz* vom 16.3.1995 heißt es u.a. (Hervorh. nicht im Original):

   „Der Überleitungsvertrag ist – mit Ausnahme weniger Bestimmungen – durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 27./28. September 1990 außer Kraft gesetzt worden. ***Zu den Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind, gehört Artikel 2 Absatz 1 des Überleitungsvertrages."***

   Artikel 2/1 des sog. *Überleitungsvertrages* sind der Kern und das Wichtigste in dieser Angelegenheit. Er lautet (lt. *Bundesgesetzblatt* 1990, Teil II, Nr. 42, Bonn, 9.11.1990, S. 1386 ff.):

   „Art. 2 (1) ***Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen."***

   Mit anderen Worten, alle – ***wirklich alle*** **– Maßnahmen der Besatzungsregimes der drei westlichen Siegermächte** ***„bleiben in jeder Hinsicht ... in Kraft"*****, gleichgültig, ob sie** ***„in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften*** [z.B. wären da das *Völkerrecht* oder das *Grundgesetz* zu nennen] ***begründet oder festgestellt worden sind"*****. Obendrein sollen diese Maßnahmen die Grundlage aller** ***„künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen"*** **– also aller Maßnahmen der „BRD" einschließlich der Schaffung einer eigenen Verfassung – sein. Das aber bedeutet: Nach wie vor soll die gesamte Tätigkeit der „BRD" auf der von den Besatzungsregimes der Sieger von 1945 geschaffenen Grundlage und Zielsetzung fortgeführt werden.**

   Von Souveränität oder Selbstbestimmung des Deutschen Volkes ist hier also keine Rede. Anderslautende Verlautbarungen unserer Politiker sind folglich unzutreffend oder demagogischer Natur. Diesem tatsächlichen rechtlichen Zustand entspricht, daß das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil erklärt hat, das Deutsche Reich bestehe völkerrechtlich fort. Das heißt, es herrscht auf ***einem Teil seines Gebiets*** **ein anderer, von den Siegermächten geschaffener und strukturierter „fremdbestimmter" Staat, auf** ***weiteren Teilen*** **herrschen** ***andere*** **Staaten (z.B. Polen, Tschechei, Rußland, Frankreich, Belgien). Daher haben wir auch noch keinen Friedensvertrag! Denn zur Schließung eines Friedensvertrags fehlt es an einer zuständigen Regierung des Deutschen Reiches. Das aber ist ein von feindlichen Staaten geschaffener Zustand, der eindeutig völkerrechtswidrig ist und von Vasallen der feindlichen Staaten unter Abstützung auf die Vormachstellung dieser feindlichen Staaten aufrechterhalten wird. Dieser Zustand bedeutet zugleich das Bestehen eines Interregnums[8] im Bereich des Deutschen Reiches.**

---

[8] Der lateinische Begriff „Interregnum" bedeutet „Zwischenherrschaft", er wird gern als Bezeichnung für die sogenannte „kaiserlose Zeit" von 1254-1273 benutzt.

Der Brief des Justizministeriums der „BRD" an mich und die wichtigsten Passagen aus der staats- und völkerrechtlichen Vereinbarung vom 27./28. September 1990 habe ich faksimiliert wiedergegeben in meinem *Informations- und Dokumentationsdienst,* 1995/5, Dk. 0675.

Aber das ist noch nicht alles zu diesem Thema:

2. Der Völkerrechtler Prof. Dr. Hans Werner Bracht hat erklärt:

   „Es trifft zu, daß das Grundgesetz unbedingt geändert werden müßte, da derzeit eine 'verfassungslose Lage' in der Bundesrepublik Deutschland deswegen herrscht, weil die Wiedervereinigung, die nur West- und Mitteldeutschland, nicht aber Ostdeutschland betrifft, keine verfassungsmäßige Grundiage mehr hat, wie sich aus Arikel 146 des Grundgesetzes ergibt. Diese Bestimmung ist noch immer nicht aufgehoben, aber ihr wird nicht Folge geleistet."

   Ich kann dieser Auffassung nicht uneingeschränkt zustimmen. Tatsache ist jedenfalls, daß das Grundgesetz ein Produkt ist, das unter der Leitung und Oberhoheit der westalliierten Siegermächte geschaffen wurde, jedoch keine vom Deutschen Volk durch Abstimmung gewählte Verfassung darstellt. In Artikel 146 des Grundgesetzes heißt es:

   „Dieses Grundgesetz, das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

   Der Akt der Verfassungsgebung durch das Deutsche Volk ist bisher nicht erfolgt. Das ist aber durchaus folgerichtig. Denn das Grundgesetz ist die rechtliche Grundlage der „BRD", die laut oben zitiertem Vertrag mit den „Drei Mächten" die rechtsetzenden, rechtsprechenden und administrativen Maßnahmen der Besatzungsmächte nach wie vor als normierende Grundlage aller staatlichen Gewalt zu betrachten und zu behandeln hat. Dieser Vasallen-Zustand ist zwar völkerrechtswidrig, da es völkerrechtlich unzulässig ist, ein Besatzungsregime über inzwischen rund 46 Jahre hinweg aufrecht zu erhalten, zugleich ist dieser Zustand antidemokratisch und antirechtsstaatlich. Dieser Zustand wird erst sein Ende finden, wenn das Deutsche Volk ihm „in freier Entscheidung" ein Ende setzt. Solange das nicht geschieht, haben die Deutschen auf ihrem Territorium einen *verfassungslosen Zustand* mit einer Ordnung staatlichen Gewalt auf der von den „Drei Mächten" geschaffenen Grundlage des *Grundgesetzes* und den von denselben Mächten gesetzten und von der Regierung der „BRD" vertraglich anerkannten Normen auf rechtsetzendem, rechtsprechendem und administrativem Gebiet. Mit anderen Worten: Die „BRD" ist ein von den Besatzungsmächten geschaffener und normierter fremder Staat auf deutschem Boden, wofür die Bezeichnung „Vasallenstaat" üblich ist.

   Doch das Gebilde „BRD" ist staats- und völkerrechtlich gesehen nicht ein bloß „fremdherrschaftlicher Staat auf einem Teil des deutschen Territoriums".

3. Die „BRD" ist Mitglied der *Vereinten Nationen.* Die *Vereinten Nationen* sind gegründet worden als Staatenbund der Alliierten gegen ihre „Feindstaaten", also gegen Deutschland, Japan und deren Verbündete. Deshalb enthält deren Satzung eine gegen diese „Feindstaaten" gerichtete Bestimmung, die sog. „Feindstaatenklausel". Die „BRD" hat mit ihrem Eintritt in die UNO die gültige Satzung der UNO, somit auch die „Feindstaatenklausel", anerkannt. Sie hat sich nicht öffentlich gegen diese Klausel verwahrt oder gar deren Abschaffung verlangt. Daraus folgt, daß sich die „BRD" damit offen bekennt, als Verbündeter der *Feinde* des „Deutschen Reiches und Volkes" zu fungieren. Und da das Volk dieses Reiches, das deutsche, immer noch existiert und es als einzig zuständiger Souverän weder das Reich noch sich selbst ausdrücklich abgeschafft hat, folgt daraus, daß der Staat „BRD" nicht nur als

„Fremdstaat" anzusehen ist, sondern als ein auf einem Teil des Bodens des deutschen Volkes bestehender, gegen das deutsche Volk und dessen Reich gerichteter *Feindstaat*. Auch aus dieser Sicht besteht keine wirkliche Souveränität des deutschen Volkes und Reiches, sondern eine unter feindlicher Ausrichtung stehende „Fremdherrschaft", die sich nur als Eigenherrschaft ausgibt, um so das Volk über die Vorenthaltung der elementarsten und völkerrechtlich anerkannten Volks- und Freiheitsrechte hinwegzutäuschen. Nun könnte jemand einwenden, daß dies eine rechtsformalistische Überinterpretation sei, obwohl viele politische Erscheinungen in unserem Land diese Interpretation rechtfertigen, z. B. die Vorenthaltung von Volksentscheiden *gegen* den Willen des Volkes, die Abtretung von großen Gebieten deutschen Landes *ohne* Befragung des Volkes, die Abschaffung der eigenen Währung *ohne* Befragung des Volkes, die Unterordnung der eigenen Streitkräfte unter fremden Oberbefehl *ohne* Befragung des Volkes, die fast ungebremste Einwanderungsmöglichkeit für Nichtdeutsche *ohne* Befragung des Volkes, die Verträge von Maastricht usw. *ohne* Befragung des Volkes, die Verfolgung von *nationaler* Gesinnung usw. usw. Doch diese Interpretation ist keine Überinterpretation, sondern **rechtlich fest verankert,** wie ich unter Ziffer 1 dargelegt habe.

4. Dieser Feststellung entspricht auch die politische Realität:

4.1. Die politische Führung der „BRD" betrieb jahrzehntelang eine Verteidigungspolitik in Zusammenarbeit mit den westlichen Siegermächten, die im Ernstfall Deutschland und umliegende Teile Europas weitgehend hätte verwüsten können.[9] Sie nahm also inkauf, daß hierdurch die im Zweiten Weltkrieg stattgefundenen Kriegsverbrechen noch weit hätten übertrumpft werden können.

4.2. Die politische Führung der „BRD" ist damit befaßt, die Bundeswehr teilweise zu einer „Kriseneingreiftruppe" umzugestalten, die wirkungsvoll mitwirken soll, wie beim Golfkrieg und Kosovokrieg im Auftrag imperialistischer Kräfte im Westen andere Völker zu „befrieden".

4.3. Die politische Führung der „BRD" schädigt mit ihrer Atomenergiepolitik das Leben und die Gesundheit von jedermann im eigenen Volk und in umwohnenden Völkern und sie setzt ganz Mitteleuropa dem Risiko einer schweren Atomkatastrophe, sei es im Frieden oder Krieg, mit Millionen Toten und noch mehr Geschädigten aus. Sie stellt damit auch hier die Verhältnisse unter Hitler in den Schatten.[10]

4.4. Die politische Führung der „BRD" gestattete und förderte in Mitteldeutschland die oftmals wirtschaftsimperialistisch und volksfeindlich ausgerichteten Machenschaften der *Treuhand*, Machenschaften, die, in ihrer Gesamtheit betrachtet, wohl alle bis dahin im Wirtschaftsbereich in Mitteleuropa vorgefallenen Korruptionen und Raubzüge weit in den Schatten stellt.[11]

4.5. Die politische Führung der „BRD" hat mit ihrer sonstigen Wirtschaftspolitik die gesamtwirtschaftliche Lage der Hochfinanz und der Konzerne ständig verbessert, aber die des Deutschen Volkes immer mehr verschlechtert. Sie hat damit auch hier die Volks- und Rechtsfeindlichkeit der Politik im Vorgängerstaat übertrumpft.[12]

---

[9] Siehe Roland Bohlinger: *Im Kriegsfall Ausrottung der Deutschen? Die Tendenz der Bonner Verteidigungspolitik bis zum Fall der Mauer.* Eine verfassungs- und strafrechtliche Analyse- Viöl 1999, 4. Auflage.

[10] Siehe dazu die zahlreichen von mir als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für insgesamt fast eintausend weitere Kläger geführten Prozesse gegen zahlreiche Atomanlagen, die Dokumentationen hierüber und sonstige von mir zum Thema verfaßten Veröffentlichungen sowie die dort genannte Literatur anderer Autoren.

[11] Siehe die zahlreichen Berichte und Dokumente zu diesem Thema, die ich in den zahlreichen Bänden meines *Informations- und Dokumentationsdienstes* veröffentlicht habe.

[12] Siehe die vorige Anmerkung.

4.6. Die politische Führung der „BRD" hat die Abtreibung, also die *Beseitigung = Tötung von Kindern* im Mutterleib, *legalisiert*, teilweise sogar als *„soziale"* Maßnahme eingestuft (gesetzliche *Freigabe* einer Abtreibung aus *„sozialen"* Gründen – anstatt eine Abtreibung aus solchen Gründen durch *Gewährung sozialer Hilfe* zu ***verhindern***, wie das eigentlich die selbstverständliche Pflicht wäre in einem Staat, der Rechtsstaat und niht Feindstaat genannt werden will; Abtreibungen aus *„sozialen"* Gründen erfolgen wohl in über 90% der insgesamt auftretenden Fälle) und die dann obendrein sämtliche *„sozial*(zwangs)versicherten" Bürger über ihre *„Sozial*(zwangs)versicherung" diese aus *sozialen* Gründen *frei*gegebenen Menschenbeseitigungen – die ja ohne Befragung der Opfer und ohne Möglichkeit der Opfer zur Gegenwehr erfolgt, die also durch Gesetz erlaubt, den Mutterschoß, der als Ort der Zeugung von Leben *heilig* sein sollte, zur Mordgrube zu machen, wo Kinder sogar von speziellen Tötungsgeräten lebendig zerfetzt werden dürfen (im Mittelalter war das Zerfetzen von Menschen bei lebendigem Leib die schlimmste Strafe für Verbrechen!) – die also durch diese Zwangsversicherung die Beseitigung zwangsweise bezahlen läßt, womit alle derart versicherten Bürger zwangsweise, ohne Einholung ihrer Zustimmung, zu *Beteiligten* an der *Menschenbeseitigung* gemacht werden, sozusagen zu Zwangsmitgliedern einer Tötungsgemeinschaft, was auch hier die Verhältnisse unter Hitler weit in den Schatten stellt, nämlich den *Schoß aller Mütter* dieses Feindstaates *freigibt, als Menschenvernichtungslager zu sozialen Zwecken zu dienen* und den *größten Teil des Volkes*, auch jene, die gegen dieses staatsumfassende Vernichtungslager sind, *zu Beteiligten an der Vernichtung machen*, was ja wohl als Gipfel satanistischer Antimoral und Feindstaatlichkeit bezeichnet werden muß![13]

4.7. Die politische Führung der „BRD" pflegt mit ihrer Ausländerpolitik einen gegen Deutsche *und* Ausländer gerichteten identitätszerstörenden Rassismus, der dabei ist, sich in letzter Konsequenz würdig den letzten Konsequenzen der Art von Rassismus im Dritten Reich, als lediglich verdrehtes Gegenstück, zuzugesellen, und zwar deshalb, weil dieser Rassismus eine multikulturelle, also statt einer *„entjudeten"* und *„rasse-reinen"*, wie in der vorausgegangenen Ära, das *Gegenteil* – und nicht etwa eine Überwindung auf einer höheren moralischen Ebene – betreibt, was erneut menschenverachtend und speziell freiheit-, kultur-, rechts- und volksverachtend ausgerichtet ist und nach § 220a StGB die Vorbereitung und Durchführung von Völkermord darstellt. So eine staatliche Verhaltensrichtung ist nur bei einem Feindstaat möglich.[14]

4.8. Zahlreiche führende Vertreter aus Regierung, Medien, Justiz, Verwaltung, Gewerkschaften und Kirchen nahmen entweder widerspruchslos hin oder sie förderten sogar in erheblichem Umfang eine Ausstellung, jene von den Herren Reemtsma und Heer, die den Zweck hatte, das Deutsche Volk mehr oder weniger als Verbrechervolk hinzustellen. Sie betrieben das obendrein Arm in Arm mit einem führenden Volksfeind, nämlich einem Milliardär, dessen Geld aus dem Handel mit Drogen (Tabak und Alkohol[15]) stammte, die zwar legalisiert sind, die aber seit Beginn des Handels schon weit über hundert Millionen Menschen vergifteten und ihnen dadurch Krankheit und meistens auch Lebenszeitverkürzung bescherten.[16]

---

[13] Siehe meine Schrift: *Der deutsche Bundestag erteilt Tötungslizenzen* - Anmerkungen zur Ideologie der Abtreibungsbefürworter, Viöl 1998, 3. Auflage.

[14] Siehe meine Schrift: *Patriotismus, Ausländerpolitik und die antideutsche Zielsetzung der politischen Führung* - Eine verfassungs- und strafrechtliche Analyse, Viöl 1998, 4. Auflage.

[15] Die Firma Reemtsma ist der größte Zigarettenhersteller und Bierbrauereibesitzer im Land. Näheres in Roland Bohlinger (Hg.): *Gescheiterter Verleumdungskrieg*, 2. Aufl., Viöl 2001.

[16] Siehe: Roland Bohlinger (Hg.): *Gescheiterter Verleumdungskrieg*, 2. Aufl., Viöl 2001, Kapitel VII.

4.9. Die politische Führung der „BRD" schuf mit dem §130 StGB. eine gesetzliche Bestimmung, wonach nur die Leugnung, Verharmlosung oder Bejahung der von nationalsozialistischer Seite begangenen Massen- und Völkermordverbrechen unter Strafe gestellt wird, nicht aber die der Massen- und Völkermordverbrechen der Sieger von 1945 und schon gar nicht jene, die sich gegen das deutsche Volk richteten und richten, was eindeutig als antideutsche Gesinnungsgesetzgebung zugunsten der Siegermächte zu bezeichnen ist und nur in einem Staat möglich ist, der als ein gegen das Deutsche Volk gerichteter Feindstaat anzusehen ist.[17]

4.10. Die politische Führung der „BRD" verfolgt revisionistische Autoren, Zeitschriften und Verlage und betreibt Bücherverbote und Bücherverbrennungen gegenüber revisionistischer Literatur. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Bücherverbote und -verbrennungen in den ersten Jahren sofort nach der „Befreiung" 1945 begannen und weit umfangreicher waren, als jene nach 1933. Was heutzutage geschieht ist nur so eine Art Nachbereinigung sowie eine Abstrafung jener, die sich noch immer nicht die richtige feindstaatgemäße Gesinnung zugelegt haben. Es ist klar, daß ein Staat, der dem Wohl des Volkes dienen will, revisionistische Forschung und Publizistik, soweit sie nicht Verbrechen verharmlost oder leugnet, fördert. Die Tatsache, daß inzwischen aber selbst sachliche Forschungsarbeit verfolgt wird, wenn diese eine revisionistische Richtung aufweist, also die Geschichtsschreibung der Sieger von 1918 und 1945 revidiert, beweist erneut die feindstaatliche Ausrichtung der „BRD".

4.11. In der „BRD"häufen sich Medienbeiträge, vor allem im Fernsehen und in Zeitungen, in denen die Deutschen einseitig belastet und beschuldigt oder gar verleumdet werden.

4.12. Da ist weiterhin das Holocaust-Mahnmal, das nur den jüdischen Opfern gilt, nicht den anderen Opfern und schon gar nicht den deutschen, obwohl die Zahl der deutschen Opfer, die nach dem Krieg entstanden, weit höher liegt als die Zahl der jüdischen Opfer (mindestens 9-11 Millionen, die Zahl der Geburtenverhinderungen nach 1945 samt Förderung der Abtreibung und Behinderung von Geburten bei ungewollt kinderlosen Ehen[18] und den freien Zuzug von Ausländern, vor allem auch von kriminellen, *nicht* gerechnet, was alles in die Rubrik des § 220a StGB (Vorbereitung bzw. Durchführung von Völkermord) gehört).

4.13. Da ist weiterhin die einseitige und vielfach destruktive Ausrichtung des deutschen Bildungswesen anzuführen.

4.14. Bezeichnend ist auch, daß die Bundesregierung das Bemühen der russischen Justiz hintertreibt, Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die von sowjetischer Seite aufgrund von Folter und Gehirnwäsche zu Unrecht verurteilt wurden, zu rehabilitieren. So etwas

---

[17] Siehe dazu meine Schrift: *Stellungnahme zur Neufassung von § 130 StGB - oder vom Zwierecht ...*, Viöl 1998.

[18] Es gibt in der Bundesrepublik etwa 2 Millionen Ehepaare, die ungewollt kinderlos sind. Die ungewollte Kinderlosigkeit beruht überwiegend auf Gesundheitsschäden durch Umweltgifte und denaturierte Nahrung. Bei richtiger Fürsorge, die gesetzlich vorgeschrieben ist, gäbe es gesundheitsschädigende Umweltgifte und Nahrungsrungsmittel kaum. Darüberhinaus wird weder durch die Staatsführung noch durch die Krankenkassen eine Überwindung dieses Zustands ernsthaft angestrebt. Das läßt sich schon daraus erkennen, daß die Krankenkassen, auch die gesetzlichen, Abtreibungsmaßnahmen finanzieren, aber nicht Gesundungsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Zeugungsfähigkeit oder wenigstens die Finanzierung von künstlichen Befruchtungen, wenn die Unfruchtbarkeit vom Mann ausgeht. Bezahlt werden nur künstliche Befruchtungen, wenn die Zeugungsunfähigkeit bei der Frau vorliegt. Frauen sind zwar meistens ebenso geschädigt wie Männer, aber selten völlig, meist nur eingeschränkt zeugungsunfähig, was nicht zu völliger ungewollter Kinderlosigkeit führen würde, wenn nicht zugleich die Zahl gesunder, kräftiger männlichen Samenzellen durch Umweltvergiftung und schlechte Nahrung so stark reduziert wäre, daß eine normale Befruchtung noch stattfinden könnte. Daher wurden im letzten Jahr nur etwa 10.000 künstliche Befruchtungen durchgeführt, obwohl sehr viel mehr Ehepaare eine künstliche Befruchtung anstreben, aber nicht bezahlen können.

ist nur möglich in einem gegen das Deutsche Volk gerichteten Staat der Siegermächte, eben einem Feindstaat.

Hierzu ein Zitat:

„*Der Moskauer Militärstaatsanwalt Walerij Wolin hat aus Protest sein Amt niedergelegt. Wolin war mit Rehabilitierungsverfahren für Angehörige der Deutschen Wehrmacht befaßt. Wolin erklärte, er habe sein Amt niedergelegt, weil er feststellen mußte, daß die Rehabilitierung von* ***keiner*** *politischen Seite gewollt werde. Ihm sei* ***klargemacht*** *worden, daß er künftig in immer mehr Fällen die Rehabilitierung werde ablehnen* ***müssen****. Auf Rückfrage eines Reporters, ob dahinter auch deutsche Regierungsstellen stecken würden, erklärte Wolin, er könnte dies nicht beweisen.* ***Aber er habe auch festgestellt, daß die deutschen Behörden kein Interesse haben, daß übermäßig viele deutsche Wehrmachtsangehörige rehabilitiert werden. Aus vielen Briefen von Betroffenen wüßte er, daß die deutschen Behörden kein Interesse dafür gezeigt hätten, die Opfer oder die Nachkommen der verurteilten Wehrmachtsangehörigen beim Durchsetzen ihrer Rechte zu unterstützen. Zusammenfassend: Ein russischer Staatsanwalt legt aus Protest sein Amt nieder, weil er von der deutschen Regierung nicht unterstützt oder daran gehindert wird, Deutschen zu ihrem Recht zu verhelfen.“***

(Zit. aus: *PHI-Deutschlanddienst*, Nr. 37-38/1997, S. 272.

Dazu paßt folgende Meldung:

„*Der russische Regisseur Sinelnikow berichtete am 12. Mai 1993, daß er auf seiner Deutschlandreise vor den Filmaufnahmen zum Thema 'Präventivkrieg 1941' u. a. mit Richard v. Weizsäcker und Egon Bahr Gespräche zu diesem Thema geführt habe.*

Der Tenor der Antworten lautete, selbst wenn Victor Suworow recht hätte und die Deutschen der sowjetischen Kriegsmaschine nur um eine kurze Zeitspanne zuvorgekommen wären, dies nicht gesagt werden dürfe, weil damit ja das damalige Deutschland entlastet würde.“

(Zit. aus: *Unabhängige Nachrichten*, Bingen, Sonderdruck 998, UN 08/99, S. 6.)

Weitere Bestätigungen lassen sich, wenn man nur etwas sucht, leicht finden.[19]

Roland Bohlinger

[19] Siehe u.a.: Roland Bohlinger, *Spitzbubengeschichten*; Roland Bohlinger, *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht*; Roland Bohlinger, *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte*, u.a.m.. Alle Titel im *Verlag für ganzheitliche Forschung*, Viöl.

ANLAGE 2

Bundesministerium der Justiz

Geschäftszeichen: IV B 4-9161 II-48 0188/95
(bei Antwort bitte angeben)

Bonn, den 16. März 1995

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 53170 Bonn
Haus- und Lieferanschrift:
Heinemannstraße 6, 53175 Bonn
Telefon: (02 28) 58-0
bei Durchwahl: 58 44 24
Teletex: 22 85 06
Telefax: (02 28) 58 - 45 25

Herrn
Roland Bohlinger
Verlag für ganzheitliche
Forschung und Kultur
Postfach

25884 Viöl

Anlage

Sehr geehrter Herr Bohlinger,

im Schreiben vom 21. Februar 1995 haben Sie um Auskunft über die Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages von 1952/1954 gebeten. Der Überleitungsvertrag ist - mit Ausnahme weniger Bestimmungen - durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 27./28. September 1990 außer Kraft gesetzt worden. Zu den Bestimmungen, die in Kraft geblieben sind, gehört Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages.

Die Vereinbarung vom September 1990 erhalten Sie als Anlage zu diesem Schreiben. Ich füge auch den Text von Artikel 2 des Überleitungsvertrages bei, da die von Ihnen übersandte Fassung einige Ungenauigkeiten aufweist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Oehler)

Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung)

Vom 8. Oktober 1990

Zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung sowie zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung (BGBl. 1955 II S. 301, 305, 405, 944) ist in Bonn durch Notenwechsel vom 27./28. September 1990 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 28. September 1990

in Kraft getreten, nachdem die das Einverständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ausdrückende Antwortnote am 27. September 1990 und die das Einverständnis der Regierungen der Französischen Republik sowie der Vereinigten Staaten von Amerika ausdrückenden Antwortnoten am 28. September 1990 eingegangen sind. Die einleitende deutsche Note vom 27. September 1990 wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Oktober 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27. September 1990

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Bezug zu nehmen und im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Der Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Deutschlandvertrag") wird mit der Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes suspendiert und tritt mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. September 1990, außer Kraft.

2. Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Überleitungsvertrag") gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft; das gilt auch für die Briefe und die Briefwechsel zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag.

3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrags bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil:

Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis „... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern" sowie Absätze 3, 4 und 5

Artikel 2 Absatz 1

Artikel 3 Absätze 2 und 3

Artikel 5 Absätze 1 und 3

Artikel 7 Absatz 1

Artikel 8

Dritter Teil:

Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs

Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27 September 1990

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, and on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany to propose the following:

1. The Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany of 26 May 1952 (as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) ("the Relations Convention") shall be suspended upon the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities with respect to Berlin and to Germany as a whole, and shall terminate upon the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, signed at Moscow on 12 September 1990.

2. Subject to paragraph 3 below, the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation of 26 May 1952 (as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) ("the Settlement Convention") shall be suspended and shall terminate at the same time as the Relations Convention; this also applies to the letters and exchanges of letters relating to the Relations Convention and the Settlement Convention.

3. The following provisions of the Settlement Convention shall, however, remain in force:

Chapter One:

Article 1, paragraph 1, first sentence up to and including "... legislation enacted by the Occupation Authorities", and paragraphs 3, 4 and 5

Article 2, paragraph 1

Article 3, paragraphs 2 and 3

Article 5, paragraphs 1 and 3

Article 7, paragraph 1

Article 8

Chapter Three:

Article 3, paragraph 5 (a) of the Annex

Article 6, paragraph 3 of the Annex

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, le 27 septembre 1990

Excellences,

Me référant aux entretiens qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, j'ai l'honneur de vous proposer ce qui suit au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:

1) La Convention sur les relations entre les trois Puissances et la République fédérale d'Allemagne en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe I du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur les relations») sera suspendue au moment de la suspension de l'exercice des droits et responsabilités des Quatre Puissances en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble; elle cessera d'être en vigueur à la date d'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé à Moscou, le 12 septembre 1990.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 ci-dessous, la Convention sur le règlement de questions issues de la guerre et de l'occupation en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur le règlement») sera suspendue en même temps que la Convention sur les relations; elle cessera d'être en vigueur en même temps que celle-ci; il en sera de même pour les lettres et les échanges de lettres relatifs à la Convention sur les relations et à la Convention sur le règlement.

3) Les dispositions suivantes de la Convention sur le règlement demeureront cependant en vigueur:

Chapitre Premier:

Article 1, paragraphe 1, première phrase jusques et y compris: «... la législation édictée par les Autorités d'Occupation»; paragraphes 3, 4 et 5;

Article 2, paragraphe 1;

Article 3, paragraphes 2 et 3;

Article 5, paragraphes 1 et 3;

Article 7, paragraphe 1;

Article 8;

Chapitre Troisième:

Article 3, paragraphe 5 (a) de l'Annexe;

Article 6, paragraphe 3 de l'Annexe;

Sechster Teil:
Artikel 3 Absätze 1 und 3

Siebenter Teil:
Artikel 1
Artikel 2

Neunter Teil:
Artikel 1

Zehnter Teil:
Artikel 4

Außerdem bleiben Absatz 7 der Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate sowie die Bestätigungsschreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 in Kraft.

4. a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrags auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.

b) Zu Artikel 11 des Ersten Teils des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist sich des Fortbestehens der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. unter dem ursprünglichen Namen bewußt; sie bemüht sich nach besten Kräften, eine zufriedenstellende Lösung entsprechend den in Artikel 11 des Ersten Teils zum Ausdruck gebrachten Zielen zu erreichen.

c) Zu dem Dritten, Vierten und Fünften Teil des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt, daß die Streichung des Dritten, Vierten und Fünften Teils die Fortgeltung der darin festgelegten Grundsätze in bezug auf die innere Rückerstattung, die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und die äußeren Restitutionen sowie die Fortgeltung der entsprechenden Bestimmungen des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes nicht beeinträchtigt. Die den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Hinterbliebenen zuerkannten Entschädigungsrenten werden weiterhin nach den geltenden Bestimmungen gewährt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dafür Sorge tragen, daß die Zuständigkeit des

Chapter Six:
Article 3, paragraphs 1 and 3

Chapter Seven:
Article 1
Article 2

Chapter Nine:
Article 1

Chapter Ten:
Article 4

In addition, paragraph 7 of the letters of 23 October 1954 from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to facilities for Embassies and Consulates, as well as the letters of 23 October 1954 in confirmation from the High Commissioners, shall remain in force.

4. (a) The Government of the Federal Republic of Germany declares that it shall take all adequate measures to ensure that the provisions of the Settlement Convention which remain in force shall not be circumvented in the territory of the present German Democratic Republic and in Berlin.

(b) With regard to Article 11 of Chapter One of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany is aware of the continued existence of I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. under the original name and shall use its best endeavours to achieve a satisfactory solution consistent with the objectives which were expressed in Article 11 of Chapter One.

(c) With regard to Chapters Three, Four and Five of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany confirms that the deletion of Chapters Three, Four and Five shall not affect the continued application of the principles set forth therein in respect of internal restitution, compensation for victims of Nazi persecution and external restitution, as well as the continued application of the corresponding provisions of the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law. The compensation pensions awarded to the victims of Nazi persecution and to their descendants shall continue to be granted in accordance with the applicable provisions.

The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that upon suspension of the Settlement

Chapitre Sixième:
Article 3, paragraphes 1 et 3;

Chapitre Septième:
Article 1;
Article 2;

Chapitre Neuvième:
Article 1;

Chapitre Dixième:
Article 4.

En outre, le paragraphe 7 des lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet des facilités pour les Ambassades et les Consulats, de même que les lettres du même jour des Hauts Commissaires accusant réception de ces lettres, demeureront en vigueur.

4) a) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare qu'il prendra toutes les mesures appropriées en vue d'assurer que les dispositions de la Convention sur le règlement qui demeureront en vigueur ne soient pas contournées sur le territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande, ni à Berlin.

b) En ce qui concerne l'article 11 du Chapitre Premier de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne est conscient du fait que l'I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. continue d'exister sous son nom d'origine; il fera tout ce qui est en son pouvoir pour parvenir à une solution satisfaisante conforme aux objectifs énoncés à l'article 11 du Chapitre Premier.

c) En ce qui concerne les Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne confirme que la suppression des Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième n'affectera ni la poursuite de l'application des principes qui y sont établis en ce qui concerne les restitutions internes, l'indemnisation des victimes de la persécution nazie et les restitutions externes, ni la poursuite de l'application des dispositions correspondantes de la Loi fédérale sur les restitutions et de la Loi fédérale sur les indemnisations. Les pensions d'indemnisation attribuées aux victimes de la persécution nazie ainsi qu'à leurs ayants-droits continueront d'être accordées conformément aux dispositions applicables.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne assure que les compétences de la Cour suprême

Obersten Rückerstattungsgerichts bei der Suspendierung des Überleitungsvertrags auf die deutschen Gerichte übergeht.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das Bundesrückerstattungsgesetz und das Bundesentschädigungsgesetz auf das Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden. Hierfür sind weitere Bestimmungen erforderlich, die den dortigen Gegebenheiten Rechnung tragen.

d) Zu dem Neunten Teil des Überleitungsvertrags:

Die Artikel 2 und 3 des Neunten Teils sind nicht beibehalten worden, da davon ausgegangen wird, daß alle darin behandelten Fragen geregelt sind, soweit die Vertragsparteien des Überleitungsvertrags betroffen sind.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Verantwortlichkeit für die Bestimmung und Befriedigung von in Artikel 3 bezeichneten Ansprüchen seitens der ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen übernommen, die nach deutschem Recht noch geltend gemacht werden können.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem die letzte das Einverständnis ausdrückende Antwortnote eingeht; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die anderen Regierungen über den Empfang dieser letzten Antwortnote unterrichten.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigefügt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Lautenschlager

S.E.
dem Botschafter der Französischen Republik

S.E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika

S.E.
dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Bonn

Convention the jurisdiction of the Supreme Restitution Court is transferred to German courts.

The Government of the Federal Republic of Germany states that the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law will be extended to the territory of the present German Democratic Republic. In this respect further provisions that take account of the conditions prevailing there are required.

(d) With regard to Chapter Nine of the Settlement Convention:

Articles 2 and 3 of Chapter Nine have not been retained on the assumption that all questions dealt with therein have been settled as far as the Parties to the Settlement Convention are concerned.

The Government of the Federal Republic of Germany has assumed the responsibility for the determination and satisfaction of any claims by persons subject to its jurisdiction which are referred to in Article 3 and which may still be asserted under German law.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force upon receipt of the last reply expressing agreement. The Government of the Federal Republic of Germany shall inform the other Governments of the receipt of that last reply.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

H.E.
the Ambassador of the French Republic

the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

H.E.
the Ambassador of the United States of America

Bonn

des Restitutions seront transférées aux tribunaux allemands au moment de la suspension de la Convention sur le règlement.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que l'application de la Loi fédérale sur les restitutions et de la Loi fédérale sur les indemnisations sera étendue au territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande. A cet égard, il sera nécessaire de prévoir d'autres dispositions prenant en compte les conditions qui existent dans ce territoire.

d) En ce qui concerne le Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement:

Les articles 2 et 3 du Chapitre Neuvième n'ont pas été maintenus en partant du principe que toutes les questions traitées dans ces articles ont été réglées dans la mesure où elles concernent les parties à la Convention.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a assumé la responsabilité en ce qui concerne la détermination et le règlement des demandes d'indemnisation visées à l'article 3 et pouvant encore être présentées conformément au droit allemand par des personnes soumises à sa juridiction.

Si les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sont d'accord avec le contenu de la présente lettre, celle-ci et les lettres en réponse exprimant l'accord de vos Gouvernements constitueront un accord entre nos quatre Gouvernements qui entrera en vigueur à la reception de la dernière réponse exprimant accord; le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne informera les autres Gouvernements de la reception de cette dernière réponse.

Les textes anglais et français de la présente lettre sont joints, les trois textes faisant également foi.

Veuillez agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S.E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S.E.
l'Ambassadeur de la République française

S.E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Bonn

Nr. 8 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. März 1955

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen

(in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation

(as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954)

Convention sur le Règlement de Questions issues de la Guerre et de l'Occupation

(texte amendé conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 Octobre 1954)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

und

DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

sind wie folgt übereingekommen:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind, oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.

(2) Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten die Rechtsvorschriften des Kontrollrats innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei

THE UNITED STATES OF AMERICA,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

THE FRENCH REPUBLIC

and

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Agree as follows:

CHAPTER ONE

General Provisions

Article 1

1. The Federal and Land authorities shall have the power, in accordance with their respective competences under the Basic Law of the Federal Republic, to repeal or amend legislation enacted by the Occupation Authorities, except as otherwise provided in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions listed in Article 8 thereof. Until such repeal or amendment, legislation enacted by the Occupation Authorities shall remain in force. Legislation enacted by the Control Council shall not be subject to repeal or amendment. Legislation by which the provisional boundaries of the Federal Republic have been established, or which is required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany or any of the related Conventions, may only be amended or repealed with the consent of the Three Powers.

2. The Three Powers hereby delegate to the Federal Republic the right to deprive of effect within its territory, after consultation in each case with the Three Powers, all such legislation of the Control Council as is not required to be maintained in force by other provisions of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Ger-

LA REPUBLIQUE FRANCAISE,

LES ETATS-UNIS D'AMERIQUE,

LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRELAND DU NORD

et

LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE

conviennent des dispositions suivantes:

CHAPITRE PREMIER

Dispositions générales

Article 1

1. — Les autorités fédérales et les autorités de Land ont le pouvoir, conformément à leur compétence respective en vertu de la Loi Fondamentale de la République Fédérale, d'abroger ou d'amender la législation édictée par les Autorités d'Occupation, sauf dispositions contraires de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées énumérées à l'Article 8 de ladite Convention. Jusqu'à ce qu'intervienne une telle abrogation ou un tel amendement, la législation édictée par les Autorités d'Occupation demeure en vigueur. La législation édictée par le Conseil de Contrôle ne peut faire l'objet d'abrogation ni d'amendement. La législation par laquelle les limites territoriales provisoires de la République Fédérale ont été établies, ou celle dont le maintien en vigueur est exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ne pourra être amendée ou abrogée qu'avec le consentement des Trois Puissances.

2. — Les Trois Puissances délèguent à la République Fédérale le droit de priver d'effet sur son territoire, après avoir consulté les Trois Puissances dans chaque cas particulier, toute la législation du Conseil de Contrôle dont le maintien en vigueur n'est pas exigé par toute autre disposition de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République

Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung, auf die im Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Bezug genommen ist, in Kraft bleiben, und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind.

(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck „Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(5) Der Ausdruck „Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder — im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) — mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.

many or any of the related Conventions or as shall not have been required to be maintained in force by the Three Powers in the exercise of their rights relating to Berlin and to Germany as a whole, including unification of Germany and a peace settlement, referred to in the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, as listed in a communication on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention.

3. The term "legislation" as used in the present Convention includes proclamations, laws, ordinances, decisions (other than Court decisions), directives, regulations, orders, licenses or any other similar enactments which have been officially published. Reference to any specific legislation shall include each and every part thereof, including the preamble, unless otherwise expressly provided.

4. The official text or texts of legislation referred to in this Article shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

5. The term "Occupation Authorities" as used in this Chapter means the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the Three Powers, the Military Governors of the Three Powers, the Armed Forces of the Three Powers in Germany, and organizations and persons exercising power on their behalf or, in the case of international organizations and organizations representing other Powers (and the members of such organizations), acting with their authorization, and auxiliary contingents of other Powers serving with the Armed Forces of the Three Powers.

Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, ou dont le maintien en vigueur n a pas été exigé par les Trois Puissances dans l'exercice de leurs droits en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, y compris l'unification de l'Allemagne et un règlement de paix, visés dans la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, et qui est énumérée dans une communication adressée au Chancelier Fédéral, au nom des Gouvernements des Trois Puissances, et portant la date de la signature de la présente Convention.

3. — Le terme « législation » utilisé dans la présente Convention comprend les proclamations, les lois, les ordonnances, les décisions (autres que les décisions judiciaires), les directives, les règlements, les arrêtés et ordres, les licences ou tout autre texte analogue, qui ont été officiellement publiés. Sauf dispositions contraires, toute référence à une législation particulière comprendra l'ensemble du texte de cette législation, y compris le préambule.

4. — Le ou les textes officiels de la législation visée au présent Article seront celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

5. — L'expression « Autorités d'Occupation », utilisée dans le présent Chapitre, désigne le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des Trois Puissances, les Gouverneurs Militaires des Trois Puissances, les Forces Armées des Trois Puissances en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes exerçant le pouvoir en leur nom ou, dans le cas d'organisations internationales et d'organisations représentant d'autres Puissances (et de membres de ces organisations), agissant avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Puissances servant avec les Forces Armées des Trois Puissances.

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

(2) Alle Rechte und Verpflichtungen, die aus den Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die

Article 2

1. All rights and obligations created or established by or under legislative, administrative or judical action of the Occupation Authorities are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without dicrimination to the same future legislative, judical and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German municipal law.

2. All rights and obligations arising under the treaties and the international agreements listed in the enclosure

Article 2

1. — Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités d'Occupation, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit interne allemand ou en vertu de ce droit.

2. — Tous les droits et obligations résultant des traités et des accords internationaux énumérés dans la liste

von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren der Regierungen der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrags für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen abgeschlossen wurden und die in der Anlage zu der Mitteilung der Alliierten Hohen Kommissare im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind, sind und bleiben in Kraft, als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen und internationalen Abkommen herrührten.

with the communication of the Allied High Commissioners on behalf of the Governments of the Three Powers to the Federal Chancellor bearing the date of the signature of the present Convention and concluded on behalf of one or more of the three Western Zones of Occupation by the Occupation Authorities or by any one or more of the Governments of the Three Powers before the entry into force of the present Convention are and shall remain valid as though they had arisen under effective treaties and international agreements concluded by the Federal Republic.

jointe à la communication adressée au Chancelier Fédéral par les Hauts Commissaires au nom des Gouvernements des Trois Puissances et portant la date de la signature de la présente Convention, et conclus pour le compte de l'une ou de plusieurs des trois Zones occidentales d'occupation par les Autorités d'Occupation ou l'un ou plusieurs des Gouvernements des Trois Puissances avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, sont et demeureront valables comme s'il résultaient de traités et d'accords internationaux valablement conclus par la République Fédérale.

Artikel 3

(1) Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrags mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie oder ihre Politik oder Interessen unterstützt oder den Streitkräften, Behörden oder Dienststellen einer oder mehrerer der Drei Mächte oder einem Beauftragten einer dieser Mächte Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet hat. Das gleiche gilt zugunsten von Personen, die den Verbündeten der Drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrags Sympathien bezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben. Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.

(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:

Article 3

1. No person shall be prosecuted or prejudiced in his civil rights or economic position by the action of German courts or authorities solely on the ground that he has, prior to the entry into force of the present Convention, sympathized with or aided the cause of the Three Powers, or their policies or interests, or furnished information or services to the forces, authorities, or agencies of any one or more of the Three Powers, or to any person acting under the authority of any of them. The same shall apply in favour of persons who, prior to the entry into force of the present Convention, have shown sympathy to, or aided or furnished with information or services, the Allies of the Three Powers in their common cause. The German authorities shall apply all means at their disposal to ensure that the objectives of this paragraph are attained

2. Except as provided in paragraph 3 of this Article, or by special agreement between the Governments of the Three Powers or the Power concerned and the Federal Government, German courts and authorities shall have no jurisdiction in any criminal or non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred before the date of entry into force of the present Convention, if immediately prior to such date German courts and authorities were without jurisdiction with respect to such act or omission whether *ratione materiae* or *ratione personae*.

3. Subject to the provisions of paragraph 1 of this Article and to any other relevant provision of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, or of the related Conventions, German courts may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of:

Article 3

1. — Aucune personne ne sera poursuivie ou ne sera lésée dans ses droits civiques ou sa situation économique par l'action de tribunaux allemands ou d'autorités allemandes, du seul fait que, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, elle a manifesté des sentiments de sympathie pour la cause, la politique ou les intérêts des Trois Puissances, ou leur a apporté son aide, ou a fourni des renseignements ou rendu des services aux Forces, aux Autorités, ou à tout organisme de l'une ou de plusieurs des Trois Puissances ou à toute personne agissant sous l'autorité de l'une de ces Puissances. Les mêmes dispositions s'appliqueront en faveur des personnes qui, avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, auront manifesté des sentiments de sympathie envers les alliés des Trois Puissances dans leur cause commune, ou leur auront apporté leur aide, ou leur auront fourni des renseignements ou rendu des services dans cette même cause. Les autorités allemandes emploieront tous les moyens dont elles disposent pour assurer la réalisation des objectifs visés au présent paragraphe.

2. — Exception faite des dispositions prévues au paragraphe 3 du présent Article ou dans un accord spécial conclu entre les Gouvernements des Trois Puissances ou le Gouvernement de la Puissance intéressée et le Gouvernement Fédéral, les tribunaux allemands et les autorités allemandes ne seront pas compétents pour connaitre d'instances, pénales ou non, relatives à un acte ou une omission intervenu avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention si, immédiatement avant cette date, les tribunaux allemands et les autorités allemandes n'avaient pas compétence à l'égard de cet acte ou de cette omission soit, *ratione materiae*, soit *ratione personae*.

3. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent Article et de toutes autres dispositions applicables de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne ou de l'une quelconque des Conventions rattachées, les tribunaux allemands pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand:

Inhalt

Erste Auflage: Juni 2001 — Nachdruck: Januar 2002

Verantwortlich für den Inhalt: Roland Bohlinger

Herstellung und Vertrieb: *Verlagsauslieferung Dietrich Bohlinger*, Freie Republik Uhlenhof

Postanschrift in BRD: 25884 Viöl/Nordfriesland, Postfach 1

ISBN: 3-932878-78-7

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 1 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — NACHDRUCK

DIE FREIE REPUBLIK UHLENHOF UND DAS FREMDGESTEUERTE STAATSGEBILDE UNTER DEM NAMEN BRD

Grundsätzliches über die *Freie Republik Uhlenhof*
als freier Bestandteil des 1871 wiedergegründeten und
rechtlich fortbestehenden *Deutschen Reiches*

sowie über die Frage, inwieweit und warum die Regierung der BRD
im Jahre 1990 mit den drei westlichen Siegermächten vereinbart hat, daß
die BRD wie bisher auch für alle Zukunft den Status eines Vasallenstaats ein-
nimmt, in dem die westlichen Siegermächte auf gesetzgeberischem,
gerichtlichem und administrativem Gebiet maßgebend sind

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 2 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — NACHDRUCK

FUNDAMENTE FÜR DEN FREIHEITSKAMPF

Grunderkenntnisse und Grundentscheidungen
für den Freiheitskampf
zur Überwindung imperialistischer Priester-, Funktionärs-
und Hochfinanzkasten, deren Ideologien und Praktiken,
zur Selbsterhaltung und Selbstentfaltung
des Einzelnen und der Völker auf dem Boden einer kulturellen
Höherentwicklung sowie einer freiheitlich-demokratisch-sozialen,
volks-, heimat- und naturverbundenen, nichtimperialistischen
Weltanschauung und darauf fußender Rechtsstaatlichkeit,
Friedfertigkeit und Zusammenarbeit in und zwischen den Völkern

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 3/4 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — Nachdruck 2002

ZENTRALE WURZELN DES TERRORS

Die geistige Grundlage des Mosaismus und des Christentums
liefert die zentralen Wurzeln
für die Entwicklung und Rechtfertigung von
Auserwähltheitswahn, Weltherrschaftsstreben,
Massen- und Völkermord, Gewaltherrschaft,
Glaubensverfolgung, Ausbeutung und Rassismus
innerhalb des mosaisch-christlichen
Herrschaftsbereichs

DOKUMENTATION

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 5 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — SONDERHEFT, NOVEMBER 2002

DENKSCHRIFT

auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts und des im
Alten Testament verkündeten *Jakob- und Esausegens*
im Dienst der Umkehr und Versöhnung, im Dienst eines
konstruktiven Friedensprozesses im Nahen Osten und überall
anderswo sowie im Dienst der Überwindung des Imperialismus
in jeglicher Form

gerichtet an die Regierung des Staates Israel und die Abgeordneten der Knesset, an den
israelischen Botschafter in Berlin, den Zentralrat der Juden in Deutschland sowie
verschiedene Führer des mosaisch-gläubigen Judentums in und außerhalb Deutschlands,

an Papst Johannes Paul II., außerdem an die Regierung der USA und den Botschafter
der USA in Berlin, an die Regierung der Bundesrepublik, die Regierungen von China,
Nordkorea, Indien, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Libanon,
Libyen und Ägypten, an die Vertreter sämtlicher ausländischer Staaten in der BRD,
an verschiedene Presseorgane, Vereinigungen und wichtige Persönlichkeiten.

überreicht durch

Roland Bohlinger
Vorsitzender des DEUTSCHEN RECHTS- UND LEBENSSCHUTZ-VERBANDS
Geschäftsstelle: FREIE REPUBLIK UHLENHOF

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 6/7 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — NOVEMBER 2003

THESEN, ZIELE, FORDERUNGEN

ZUR WELTANSCHAULICHEN GRUNDLAGE EINER SITTLICHEN
POLITIK DIE „BUNDESREPUBLIK" ALS VASALLEN- UND
FEINDSTAAT
ZIELE UND FORDERUNGEN FÜR DIE ENTWICKLUNG EINES NEUEN
VOLKS- UND STAATSWESENS

Verfaßt als Rede für die Protestkundgebung der Gründungsini-
tiative der *Deutschen Nationalversammlung* vor dem Reichs-
tagsgebäude in Berlin am Reformationstag, dem 31.10.2003.

Dazu verschiedene Anlagen.

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 8-11 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — JULI 2005

DIE WAHRHEIT MACHT UNS FREI

DER PROZEß GEGEN ROLAND UND DIETRICH BOHLINGER
WEGEN NACHDRUCK DES BUCHES *JÜDISCHER IMPERIALISMUS*

Dazu u.a. zwei WAHRHEITSBEWEISE:

1. Der Volksverhetzungsparagraph (§ 130 StGB) dient als zentrales Mittel, um eine Auflösung des Deutschen Volkes mit Hilfe einer als-ob-demokratischen Diktatur herbeizuführen.
2. Die mosaistisch-jüdische Bewegung bildet eine nach Artikel 9 II GG. verbotene imperialistische Vereinigung, die von den heutigen Machthabern beschützt und gefördert wird.



INSTITUT FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 12-15 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — Juli 2006

ROLAND BOHLINGER

DAS ENDE DER VERSCHWÖRUNG GEGEN DEUTSCHLAND

durch Enthüllung ihres Wesens und ihrer Geheimnisse
und Zertrümmerung der geistigen Grundlagen
der bestehenden Fremdherrschaft



· BAND 1

INSTITUT FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG
Freie Republik Uhlenhof

FREIHEIT UND RECHT
Ein systemkritisches Magazin

FOLGE 16-17 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — August 2006

ROLAND BOHLINGER / ALEXANDER REINACH

DIE WELTENWENDE HAT LÄNGST BEGONNEN

Die Revolutionierung Chinas,
das Haus Ludendorff und die Folgen

Es wird Zeit,
bisher weitgehend Verborgenes
zu enthüllen

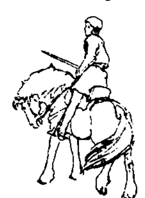
VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG
Freie Republik Uhlenhof

DEUTSCHE FREIHEIT
NACHRICHTEN UND HINTERGRUNDINFORMATIONEN

FOLGE 1 — FREIE REPUBLIK UHLENHOF — 1.10.2005

AUS DEM INHALT

Großes Entsetzen – Die Wahrheit setzt sich immer mehr durch
Mathilde Ludendorff: Der Siegeszug der Wahrheit
Das Ziel: Eroberung der Informationshoheit
Freiheit durch Kultur
Die mosaisch-jüdische Lobby auf dem Weltkriegspfad
Die Bürger der USA im Griff des Finsteren Imperiums
Elie Wiesel über die Legitimität des Abschlachtens
Judentum – Erpressung der Vollkommenheit
Eugen Dühring – der gute Europäer
Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört
Die Hand der überstaatlichen Mächte
Noch eine gegen uns gerichtete Völkermordmaßnahme
Churchill bereitete 1944 die Ausrottung aller Deutschen vor
Kein Grund für kleinmütige Verzweiflung



INSTITUT FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

VERLAGSAUSLIEFERUNG BOHLINGER

FREIE REPUBLIK UHLENHOF – Post: D-25884 Viöl, Postf. 1 – Ruf: 04843-1049 Fernbild: 04843-1087

AUSWAHL aus der Liste der bei uns lieferbaren Bücher. *Neue Preisliste vom 1.7.2011*

Bestellungen: Bitte gewünschte Titel in dieser Liste ankreuzen. Wenn Sie ohne diese Liste bei uns bestellen: Möglichst angeben: Kurztitel und Bestellnummer. Die Bestellnummer befindet sich am Schluß der Titelangaben.
Nachlässe: **Buchhändler** erhalten als Nachlaß bei Einzelbestellungen: 35%. Bei Bestellungen von mehr als einem Titel (auch gemischt) erhalten Buchhändler: 40%. **Versandbuchhandlungen** erhalten grundsätzlich 45 %, es sei denn, es wird öfters bestellt, dann kann als Regelnachlaß 50% vereinbart werden.
Partiebestellungen: Grundsätzlich erhalten **Buchhändler und Privatbesteller** bei Bestellung von 10 Exemplaren eines Titels *zusätzlich und kostenlos ein weiteres Exemplar* (sog. Partieexemplar).
Ausgenommen von Nachlässen: Titel mit AV oder RAV vor der Bestellnummer, diese stammen aus **Fremdverlagen.**
Lieferung von „Remittenden": Remittenden sind guterhaltene, leicht beschädigte Bücher aus Rücksendungen: Soweit vorhanden, liefern wir auf Wunsch und bei bei einem Bestellwert von mindestens 30 € mit 40% Nachlaß.
Bei sofortiger Bezahlung 3% Skonto. Ansonsten ist die Rechnung nach 14 Tagen ohne Abzug fällig.
Achtung: Alle **Faksimiledrucke** (meist mit **F.** oder **Faks.** gekennzeichnet) sowie **Titel aus fremden Verlagen** (mit AV oder RAV vor der Bestellnummer) dienen ausschließlich Forschungs- und Dokumentationszwecken. Sie stimmen nur eingeschränkt mit den Auffassungen des Hauses Bohlinger überein. **Die Auffassungen von Roland Bohlinger ergeben sich a u s s c h l i e ß l i c h aus dessen selbst verfaßten Veröffentlichungen.**

___ St. Bohlinger, R.: **Spitzbubengeschichten.** Analysen, Satiren u. a. Unkorrektheiten. 350 S., € 25,90 (001)
___ St. Bohlinger, R.: **Spitzbubengeschichten.** Auszüge auf CD, vorgetragen v. Verfasser. In Kürze. € 19,90 (CD001)
___ St. Bohlinger, R.: **Gutachten zur Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatl. Gemeinschaftsleben,** 24 S., A4, € 4,80 (002)
___ St. E. Jaeckel / R. Bohlinger: **Der Überfall auf den Gleiwitzer Sender.** Eine Erfindung? 64 S., € 6,50 (003)
___ St. Pastenaci: **Die beiden Weltmächte.** Rom und Germanien. 115 S., Faks., kt., € 9,60 (004)
___ St. Grenfell, Russel: **Bedingungsloser Haß gegen Deutschland?**, 229 S., Faks., kart., € 15,90 (005)
___ St. Herda: **Die Schuld der Anderen.** Über etwas, das es offenkundig nicht gibt. 186 S., F., kt. € 14,80 (006)
___ St. Bohlinger: **Gutachten zur Frage d. Echtheit d. sog. Wannsee-Protokolls ...,** DinA4, 166 S., € 24,80 (007)
___ St. Bley u.a.: **Revolutionen der Weltgeschichte I und II,** illustr., **geb.**zusammen € 46,00 (009a+b)
___ St. Bohlinger: **Ist die Freimaurerei eine nach Art 9 II GG verbotene Vereinigung?** Was sonst. € 6,50 (010)
___ St. Hasselbacher: **Volksverrat der Feldlogen im Weltkriege,** 240 S., Faks., kt., illustr., € 19,80 (011)
___ St. Heise: **Ententefreimaurerei und Weltkrieg.** Tödl. Tempelbaumeister, 408 S., 4. Aufl., F., kt., € 29,80 (012)
___ St. Lück: **Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens,** 472 S., Faks., kt., € 29,80 (013)
___ St. Lützeler: **Hinter den Kulissen der Weltgeschichte.** Fülle an Informationen. Bd. 2, Faks., kt., € 19,90 (014b)
___ St. Lützeler: **Hinter den Kulissen der Weltgeschichte.** Ebenfalls viel Inform., Bd. 3, F., kt., € 22,50 (014c)
___ St. Ehlers: **Freimaurer arbeiten für Roosevelt.** Die Anständigen am Werk. 70 S, Faks., kt. € 7,50 (015)
___ St. Reinhard: **Nikolai Hartmann - Mathilde Ludendorff.** Ein philos. Vergleich. 87 S., kt., € 9,80 (016)
___ St. Riegelmann: **Die europäischen Dynastien in ihrem Verhältnis zur Freimaurerei,** € 29,80 (017)
___ St. Pauler: **Geheimschlüssel zur Weltpolitik.** Ein Blick ins Schaltgetriebe. 134 S., Faks., kt., € 12,60 (018)
___ St. Hasselbacher: **Entlarvte Freimaurerei,** Bd. 1-3 vergr., Neuaufl. in einem Band geplant (19a). Bd. 4: siehe (331)
___ St. Moltke: **Die dtsch. Tragödie an der Marne.** Hochverrat seitens der „Anständigen". 64 S., F., € 5,50 (022)
___ St. Heike: **Das Deutschtum in Polen 1918-1939.** Eine Geschichte vom guten Nachbarn. 296 S., kt. € 24,90 (023)
___ St. Wolf, H: **Geschichte der katholischen Staatsidee.** Von den Heilsbringern. 230 S., Faks., € 19,80 (024)
___ St. Thiel: **Priester-Vergötzung und Volksgemeinschaft.** Von anderen „Anständigen". 84 S., F., € 7,10 (025)
___ St. Kammeier, W.: **Die Fälschung der deutschen Geschichte I.** Die Fälschungen der Romkirche im Dienst der ersten großen Umerziehung und Umwertung. Wichtige Nachträge R. Bohlinger u. W. Zarnack. Ein Standardwerk, das inzwischen immer mehr anerkannt wird, auch im Ausland. 12. Auflage. 440 S., geb., € 32,00 (027)
___ St. Kammeier, W.: **Der zweite große Angriff** (Die Fälschung der dt. Geschichte II), 407 S., gb., € 29,80 (026)
___ St. Kammeier, W.: **Die Fälschung der Geschichte des Urchristentums,** 380 S.,geb., € 24,50 (028)
___ St. Utley, Freda: **Kostspielige Rache.** Das Imperium im Niedergang. 363 S., kt. € 25,50 (029)
___ St. Bohlinger: **Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? I+II.** 96 + 32 S., Großf., € 19,80 (BNr. 032/033)
___ St. Schröcke: **Germanen-Slawen.** Gemeinsame Wurzeln. Ein revolut. Werk. 470 S., geb., illustr., € 34,20 (034)
___ St. Auswärt. Amt 1939-43, **Weißbücher I-VIII,** 8 Bände, 1.726 S., kt., € 127,80 (035-42)
___ St. Passarge: **Das Judentum als landschaftskundlich-ethnologisches Problem,** Faks. € 29,10 (043)

___ St. Baschwitz: **Der Massenwahn.** Ursache u. Heilung des Deutschenhasses. 385 S., kt. Faks., € 28,10 (044)
___ St. Othegraven: **Litanei des Weißen Mannes.** D. jüd.-christl. Völkermord a. d. Indianern. 190 S., gb. 18,60 (046)
___ St. Simanowitsch: **Der Zar, der Zauberer u. d. Juden.** Jüd. Autor enthüllt bzgl. Rasputin. 294 S., € 18,40 (046)
___ St. Itzinger: **Not und Kampf deutscher Bauern (Bauernkriege).** Ein Lehrstück. 48 S., geh., € 4,00 (047)
___ St. Luft: **Die Verchristung der Deutschen,** Der erste Hauptkrieg gegen die Dt. 86 S., Faks., € 6,50 (048)
___ St. Hasselbacher, F.: **Frankreichs Totentanz um die Menschenrechte,** 278 S., Faks., € 21,90 (049)
___ St. Luft: **Die Franken u. d. Christentum.** Vom Wesen des Feindes. Ergänzung zu Nr. 048. 51 S., € 5,60 (050)
___ St. Rehwaldt: **Vom Dach der Welt.** Über Wesen und Wirken einer anderen Priestermacht. 60 S., € 6,20 (051)
___ St. Pastenaci: **Das viertausendjährige Reich der Deutschen,** 350 S., Faks. € 24,40 (052)
___ St. Beyer: **Das Schicksal der Polen.** Keine Hoffnung für Polen? 191 S., Faks., kt. € 14,10 (054)
___ St. Leers: **Odal.** Eine Geschichte des Bauerntums. 759 S., 2 Bände, Faks., kt. € 39,40. (055a + 055b)
___ St. Beißwenger: **Freie, sittlich gestaltete Wirtschaft,** 296 S., € 28,40 (056) Standardwerk. (vergr., Neuaufl. in K.)
___ St. von Oertzen: **Das ist Polen.** Eine kritische Analyse der polit. Kräfte. 242 S., Faks., kt. € 17,80 (057)
___ St. Mullins/Roland Bohlinger: **Die Bankierverschwörung.** Gesamtaufl.: 30.000. 272 S., kt, € 19,70 (058)
___ St. Gürtler: **Dt. Freimaurer im Dienste napoleonischer Politik.** Hintergrundanalyse. 184 S., € 15,30 (059)
___ St. Löhde: **Ein Kaiserschwindel der 'hohen' Politik.** Roms Machtpolitik in Mexiko, 418 S., Faks., € 29,80 (060)
___ St. Löhde: **Das päpstliche Rom u. d. Deutsche Reich.** Roms Machtpolitik in Deutschl., 261 S., F., € 19,30 (061)
___ St. Krebs, Pierre u. a.: **Mut zur Identität.** Versuch einer Annäherung an das Problem. 380 S., € 28,50 (062)
___ St. Ballensiefen: **Juden in Frankreich.** Versuch einer Hintergrundanalyse. 150 S., Faks., kt. € 12,70 (063)
___ St. Aldag: **Der Jahwismus erobert England.** Zur Entstehung des imperialistischen und plutokratischen Lenk- und Völkervernichtungssystems im britischen Weltreich. 328 S., Faks., kt., € 23,90 (064)
___ St. Busch, Wilhelm: **Ich besah mir diese Geister.** Busch als krit. Satiriker. 215 S., kt., Faks., € 17,80 (067)
___ St. Bohlinger: **Die dt. Ostgebiete aus histor.-polit. u. völkerrechtl. Sicht.** 54.000 Auflage. 136 S., € 9,80 (068)
___ St. Günther: **Deutsches Kriegertum im Wandel der Geschichte,** 220 S., Faks. € 16,30 (070)
___ St. Bohlinger: **Die geheime Verführung.** Zum Forschungsstand über Seelenmanipulation. 324 S., € 25,90 (071)
___ St. Schönberg: **40 + 4 Jahre BRD.** Karikaturen und Texte dazu. 294 S., ill., Großformat, kt. € 27,60 (072)
___ St. Autant-Lara: **Das Boot sinkt.** Ein frz. Autor über den kulturellen Absturz in Frkr. 112 S., € 9,80 (073)
___ St. Bohlinger Gunn-Heide: **Scherenschnitt-Postkarten,** 10 schöne Scherenschnittkarten. € 5,10 (074)
___ St. Rehwaldt, Hermann: **Die "kommende Religion" - Okkultwahn ...,** 48 S., kt., Faks., € 6,00 (075)
___ St. Ludendorff, E.: **Die überstaatl. Mächte im letzten Jahre des Weltkrieges,** 26 S., kt., € 3,90 (Nr. 076)
___ St. Senger: **Mord an Apollo.** Demaskierung der Zerstörer des Schönen. 224 S., kt., € 18,20 (078)
___ St. Melichar: **Musik in der Zwangsjacke.** Scharfe Kritik am musikal. Modernismus. 284 S., kt. € 19,40 (079)
___ St. Sargant: **Die Seelenwäscher.** Über Forschungen zur Seelenmanipulation. 284 S., ill., € 22,90 (080)
___ St. Miedbrodt: **Die Narren des Kaganowitsch.** Zum Hintergrund hinter Stalin. 416 S., Faks., € 24,50 (081)
___ St. Ludendorff: **Vernichtung d. Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse,** 118 S., € 10,80 (082)
___ St. Bohlinger: **Art. 9 II GG. und die Errichtung eines Plutoniumstaates.** 64 S., kt. € 6,80 (083)
___ St. Bohlinger: **Der Mülheim-Kärlich-Prozeß.** Dokumentation ü. Anti-Atomprozeß, 1490 S., € 35,80 (088)
___ St. Schäfer: **War Deutschld. 1914 gerüstet, "ein unterjochtes Europa zu beherrschen"?,** 24 S., € 3,50 (090)
___ St. Erler: **Der Einfluß überstaatl. Mächte auf die Kriegs- und Völkerbundpolitik W. Wilsons,** € 4,50 (091)
___ St. Südd. Monatshefte: **Das französ. Schulbuch von heute.** Betr. Hetze gg. Deutschl. 24 S., F., € 3,50 (092)
___ St. Bohlinger: **Patriotismus, Ausländerpolitik u. d. antidt. Zielsetzung der polit. Führung,** € 4,90 (094)
___ St. Herse: **Die Schlacht der Weißen Schiffe.** Historischer Roman. 344 S., Faks., kt. € 24,00 (095)
___ St. Ludendorff, E.: **Auf dem Weg zur Feldherrnhalle,** 156 S., Faks., kt., € 13,70 (099)
___ St. Löhde: **Der Papst amüsiert sich.** Eine andere Seite in der Geschichte der Päpste. 172 S., € 15,70 (100)
___ St. Ebray: **Der unsaubere Frieden.** Versailles – Zum Vernichtungskrieg gegen Dt.. 415 S., € 28,00 (101)
___ St. Strasser u.a.: **Die deutsche Bartholomäusnacht 1934.** Eine Dokumentation, 318 S., kt., € 19,90 (102)
___ St. Volck: **Rebellen.** Zur Geschichte d. Widerstands gg. Staatsterror 1930-32 in Norddeutschl. 465 S., € 28,00 (103)
___ St. Bohlinger: **Nietzsches Erkrankung u. die überstaatl. Mächte.** Fr. Nietzsche: **Der Antichrist,** € 14,70 (110)
___ St. **Die Deutschen in Frankr. (1871-1873) / Die Franzosen in Dtschl. (1918 u. danach)**, 40 S., € 3,90 (111)
___ St. Bohlinger: **Der Dt. Bundestag erteilt Tötungslizenzen.** Zur Ideologie der Abtreibung. 24 S., € 3,50, (112)
___ St. Gallinger: **Gegenrechnung.** Die Verbrechen an dt. Kriegsgefangenen im 1. Weltkrieg, 100 S., F., € 8,60 (114)
___ St. Kuckei/Wilh. Petersen: **Sven Norman er reitet.** Nordländ. Gedichte u. Balladen. 240 S., ill., gb. € 19,30 (115)
___ St. Bohlinger: **Stellungnahme zur Neufassung des § 130 StGB - oder vom Zwierecht ...,** 16 S., € 2,50 (118)
___ St. Rauschning: **D. Entdeutschung Westpreußens u. Posens,** Polens ethn. Säuberungspolitik. 408 S., € 29,00 (119)
___ St. Stülpnagel, O. von: **Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen,** 476 S., Faks., € 28,90 (123)
___ St. Schulte: **Frankreich und Deutschland.** Tragische Bruderkämpfe. 364 S., kt., € 24,50 (BNr. 125)
___ St. Lück: **Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen.** Ostdt. Tragik. 162 S., F., € 12,60 (126) z.vergr.

___ St. Heyck: **Der Große Kurfürst von Brandenburg.** Berühmtes Buch. 432 S., Faks., kt. € 24,90 (127)
___ St. Grimm: **Frankreich am Rhein.** Fortsetzung des Krieges gg. Dtschl. nach 1918. 214 S., kt., € 14,30 (128)
___ St. Iring/Dietrich: **Nie wieder Habsburg!** Habsburg im Dienste Roms gegen Dtschland. 64 S., F., € 5,50 (129)
___ St. Besser: **Forschungen über die geheime Leitung der Revolution von 1848,** 62 S., € 6,80 (130)
___ St. Herse: **Wahr dich Garde ...** Histor. Roman über den Freiheitskampf der Dithmarscher. € 19,90 (131)
___ St. Herse: **Zur Raa fuhr auf ein roter Schild.** Histor. Roman über einen frk. Freiheitskampf. 340 S., € 19,90 (132)
___ St. Ludendorff, Erich: **Wie der Weltkrieg 1914 „gemacht" wurde**, 48 S., Faks., geh., € 4,80 (134)
___ St. Frank (Hg.): **Forschungen über das Judentum.** Standardwerk. Faks., 8 Bde. € 153,40 (136-143)
___ St. Kugler, Franz/Adolf Menzel: **Geschichte Friedrichs des Großen,** 535 S., illustr., kt., Faks., € 31,90 (144)
___ St. Steding: **Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur**, 772 S., kt., Faks., € 44,00 (148)
___ St. Panizza: **Deutsche Thesen gegen den Papst und seine Dunkelmänner,** 214 S., kt., Fks., € 14,20 (149)
___ St. Pastenaci: **Der Herzog und die Könige.** Histor. Roman um Widukind, Karl u. Göttrik. 280 S., € 22,40 (150)
___ St. Eibicht (Hg.): **Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,** 660 S., kt., € 30,20 (151) vergr.
___ St. Jendryschik/Bohlinger: **Zgoda** - Eines von über tausend jüd.-poln. KL gegen Deutsche. 184 S., € 15,20 (152)
___ St. Fuchs: **Selbstzeugnisse poln. Eroberungswillens.** Polen wollte ab 1919 Krieg gg. D. 216 S., € 16,80 (154)
___ St. Gieren: **Der freimaurerische Kriegsverrat 1806.** Hintergrundanalyse. 260 S., Faks., kt., € 19,40 (158)
___ St. Thiel, R.: **Preußische Soldaten.** Lebensbilder. 500 S., illustr., Faks., kt., € 30,20 (159)
___ St. Wichtl/Schneider/Bohlinger: **Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik.** 408 S., € 29,00 (163)
___ St. Rossberg: **Freimaurerei und Politik im Zeitalter der französischen Revolution.** 256 S., F., € 19,40 (165)
___ St. Chassard: **Levinas** - Ein berühmter aber rassistischer jüdischer Philosoph. 110 S., kt., € 12,70 (174)
___ St. Eliahu ben Elieser: **Jüdisches Volk, antworte!** Ein völk. Jüdischer Denker. 333 S., F., kt., € 23,50 (175)
___ St. Ludendorff, E.: **Tannenberg.** Eine Analyse der Schlacht. 144 S., Faks., kt., illustr., € 11,70 (176)
___ St. Ludendorff, E. u. M.: **Das Geheimnis der Jesuitenmacht ...** Standardwerk, 192 S., F., kt., € 17,20 (177)
___ St. Gerlach: **Über den Einfluß jüd. Kreise in der österr. Sozialdemokratie,** 202 S., Faks., € 17,20 (179)
___ St. Müller: **Angeklagt - das deutsche Volk.** Argumente und Dokumente. 274 S., kt., € 22,00 (180)
___ St. Euler/Grundmann: **Das religiöse Gesicht d. Judentums.** Sehr krit. aus ev.-kirchl. Sicht. 176 S., € 16,40 (181)
___ St. Spengler,Oswald: **Neubau des Reiches.** Berühmtes Werk Spenglers. 104 S., Faks., kt., € 9,10 (182)
___ St. Blessinger, Karl: **Judentum und Musik.** Eine Untersuchung. 156 S., Faks., kt., € 14,20 (183)
___ St. Schiller, Fr.: **Die Sendung Moses.** Kritische Schrift des Dichters. 24 S., Faks., kt., € 3,50 (184)
___ St. Schneider: **Wesen und Wirken der Freimaurerei.** Ein ehem. Frm. berichtet. 24 S., Faks., € 3,50 (185)
___ St. Griese, Franz: **Ein Priester ruft: Los von Rom und Christo!,** 90 S., Faks., kt., € 8,60 (186) z. Zt. vergr.
___ St. **Am Heiligen Quell ...,** 4-10. Jahr in Halbjahresbänden, durchschnittl. 550 S., F., je Bd. € 36,80 (187a-k)
___ St. Lenz, Friedrich: **Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht,** 106 S., Faks., kt., € 15,20 (188)
___ St. Bohlinger, R.: **Antiimperialist. Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,** 124 S., DIN A4, € 14,80 (189)
___ St. **Weltkampf - Die Judenfrage in Geschichte u. Gegenw.,** 11 Bde., A4, 1941-44, F., € 134,60 (190-199, 199a)
___ St. Wolf: **Angewandte Kirchengeschichte.** Krit. Blicke auf d. Wesen d. röm. Kirche. 456 S.,F., € 30,20 (200)
___ St. Schmich, O.K.: **Hünen.** Entdeckung eines vergessenen dt. Stammvolks. 350 S., geb., illustr., € 29,60 (201)
___ St. Ludendorff, M.: **Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller**, 210 S., € 19,90 (202)
___ St. Ludendorff, E. u. M.: **Die Judenmacht , Ihr Wesen und Ende,** 456 S., € 35,30 (203) [zur Zeit vergriffen]
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Hinter den Kulissen des Bismarckreiches.** 32 S., kt. Faks., € 3,50 (204)
___ St. Beumelburg: **Preußische Novelle.** Eine Novelle aus der Zeit des 7-jähr. Kriegs. 123 S., Faks., € 9,80 (205)
___ St. Roth, Armin: **Rom - wie es ist - nicht wie es scheint.** Enthüllungen. 90 S., Faks., kt., € 8,60 (206)
___ St. Bohlinger, R., **Vom warmen Holocaust-Plätzchen.** Zum Nachdenken. DIN A4, 24 S., geh., € 5,50 (207)
___ St. Bohlinger, R.: **Erfolgreiche Abwehr.** Das Scheitern eines Knebelungsversuchs. A4, 76 S., € 15,10 (208)
___ St. **Amtliches Material zum Massenmord von Winniza.** Eine gescheiterte Lüge. 282 S.,F., € 24,50 (209)
___ St. Rullmann/Wild: **Der Fall Demjanjuk.** Analyse eines Komplotts im Umfeld Treblinka. 280 S., € 16,40 (211)
___ St. Ludendorff, E.: **Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jahren**, 184 S., Faks., € 16,20 (212)
___ St. Ludendorff, E.: **Der Totale Krieg.** Kommende große Kriege sind totale Kriege, 120 S., F., € 11,20 (213)
___ St. Nicolai: **Geheime Mächte.** Internat. Spionage u. ihre Bekämpfung im I. Weltk., 184 S., F., € 16,70 (214)
___ St. Ponsonby: **Lügen in Kriegszeiten.** Das berühmte Buch über Kriegspropaganda. 216 S., F., € 18,90 (215)
___ St. Matthießen, W.: **Israels Ritualmord a. d. Völkern.** Eine Analyse mos. Dokumente. 80 S., F., € 9,80 (216)
___ St. Strunk, J.: **Zu Juda und Rom - Tibet.** Über eine weitere imperialistische Priesterkaste. 70 S., F., € 7,50 (217)
___ St. Ludendorff, E.: **Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst,** 19 S., F., € 3,50 (218) z.Zt.vergr.
___ St. Miller: **Im Zeichen des Kreuzes.** Weltweit Völkerzerstörung unter dem Kreuz. 156 S., F., € 12,70 (219)
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Mozarts Leben und gewaltsamer Tod,** 226 S., kt., Faks., € 19,80 (220)
___ St. Schilling, H.: **Haithabu - ein germanisches Troja.** Eine andere Sicht über H. 254 S., Faks., € 19,40 (221)
___ St. Rehwaldt, Hermann: **Geheimbünde in Afrika.** Immer dasselbe Hauptthema. 68 S., kt., Faks., € 8,50 (222)

___ St. Rehwaldt, H.: **Die Kriegshetzer von heute.** Antideutsche Kriegshetze 1938. 38 S., geh., Faks., € 3,90 (223)
___ St. Ludendorff, Math. (Hg.): **Sieg eines Enthüllers von Bibelfälschungen,** 70 S., kt., Faks., € 6,50 (224)
___ St. Vietz: **Verrat an Europa.** Zurichtung d. Tschechoslow. 1919-39 als antidt. Kriegsmacht. 191 S., € 15,10 (225)
___ St. Frank: **Geheimnisvolle Querverbindungen über Deutschl.** (in d. Weimarer Republ.). 64 S., € 6,80 (226)
___ St. Kernholt: **Vom Ghetto zur Macht.** Zur Machteroberung mosaistischer Kader. 320 S., kt., F., € 24,90 (227)
___ St. Bohlinger, R.: **Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Verfassungsschutz,** 17 S., € 3,00 (228)
___ St. Papst Leo XIII.: **Brief über die Freimaurerei und ihr Treiben.** Sehr interessant. 14 S., Faks., € 3,00 (229)
___ St. Schneider, Robert: **Das politische Wirken der Freimaurerei, von 1870 bis heute,** 24 S., F., € 3,50 (230)
___ St. **Friedrich d. Gr. auf Seiten Ludendorffs.** Versuch eines Vergleichs. 74 S., kt., Faks., € 9,50 (231)
___ St. Zarnow: **Der 9. November 1918** - Die Tragödie eines großen Volkes. (Vom Dolchstoß). 152 S., F., € 14,70 (232)
___ St. Zarnow: **Verbündet – Verraten!** Der Verrat Habsburg an Deutschland 1914-18, 294 S., ill., € 22,30 (233)
___ St. Kopperschmidt: **Jesuiten arbeiten.** Aus der Gesch. d. Jesuitenordens in Dtschl. 115 S., € 10,60 (234)
___ St. Schwartz–Bostunitsch: **Die Freimaurerei,** Ihr Ursprung, Ihre Geheimnisse, Ihr Wirken, 344 S., € 25,50 (235)
___ St. Schröcke, H.: **Kriegsursachen-Kriegsschuld,** 330 S., geb., 5. Aufl., € 18,90 (236). Günstige Staffelpreise!
___ St. Rein, A.: **Warum führt England Krieg?** Zum Eintritt Englands in den II. Weltkrieg, 48 S., F., € 4,90 (237)
___ St. Engelhardt: **Weltmachtpläne.** Zur Entstehung der sog. Zionist. Protokolle, 104 S., F., 3. Aufl., € 9,60 (238)
___ St. Bayer: **Lösung des Rätsels der jesuitischen Sphinx.** Über die Societas Jesu. 286 S., F., € 24,50 (239)
___ St. Fikentscher, H.: **Zur Ermordung Friedrich Schillers.** Im Kern unwiderlegbar. 340 S., ill., € 27,50 (240)
___ St. Dühring, E.: **Die Größen der modernen Literatur I,** Unübliche Literaturkritik! 323 S., gb., F., € 23,50 (241)
___ St. Dühring, E.: **Die Größen der modernen Literatur II,** Fortsetzung. 502 S., geb., Faks., € 29,60 (242)
___ St. Seraphim: **Das Judentum im osteurop. Raum.** Sehr genaue wiss. Analyse. 770 S., 196 Abb., gb., € 43,50 (243)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Gescheiterter Verleumdungskrieg.** Die Vermaskung des Vernichtungskrieges gegen das Dt. Volk u.a. durch totale Hetze gegen die Wehrmacht. Standardwerk, 386 S., DIN A4, zahlr. Abb., € 33,20 (244)
___ St. Bohlinger, R.: **Die Freie Republik Uhlenhof u. d. BRD,** FREIHEIT UND RECHT I, 32 S., A4, geh., € 6,40 (245)
___ St. Zarnow: **Gefesselte Justiz** (auch die Weimarer Republik eine *als-ob-Demokratie*), 188 S., F., € 13,70 (246)
___ St. Ludendorff, M.: **General und Kardinal,** Erich Ludendorff über Nuntius Pacelli .... 64 S., F., € 5,50 (247)
___ St. Piebrock, Heinrich: **Hermann der Cherusker - Der Befreier Deutschlands,** 36 S., kt., € 3,60 (248)
___ St. Bohlinger R.: **Offener Brief a.d. Mitglieder des Dt. Bundestags** (>über Wirtschaft), 8 S., DIN A4, € 2,50 (249)
___ St. Matthießen: **Der Schlüssel z. Kirchenmacht.** Ein Blick ins Schaltgetriebe d. röm. Kirche. 74 S., F., € 9,10 (250)
___ St. Albrecht: **Der verratene Sozialismus.** Furchtbare Enthüllungen ü. d. Bolschewism. 640 S., gb., ill., F., € 38,20 (251)
___ St. Prothmann: **Glaubens-Strafrecht oder Seelen-Schutz?** Profunde jur.-phil. Argumentation. 188 S., F., € 16,00 (252)
___ St. Löhde, W. : **Kreml und Vatikan** - Ein Kampf um die Macht durch fünf Jahrhunderte, 381 S., € 28,00 (253)
___ St. Fikentscher: **Prof. Dr. Morell** - Ein jüd. Arzt hinter Hitler steuert u. mordet aus d. Hintergrund. 60 S., € 7,50 (254)
___ St. Bohlinger: **Fundamente für den Freiheitskampf** (FREIHEIT U. RECHT II), 52 S., A4, geh., € 7,60 (255)
___ St. E. v. Salomon: **Das Buch vom dt. Freikorpskämpfer.** Standardwerk. A4, gb., 520 S., zahlr. Abb., € 45,00 (257)
___ St. **Sigilla Veri.** 9bändiges Lexikon z. Judenfrage. 600 S. je Bd., Lexikonformat, geb., € 42,00 (259-267) Bisher Bd.1-7 erschienen. Eine riesige Fundgrube an detaillierten Informationen. Einmalig in seiner Art.
___ St. Madison Grant, **Der Untergang der großen Rasse.** Zu pessimistische Analyse 194 S., F., € 16,80 (268)
___ St. Neckel, Prof. Dr. Gustav: **Liebe und Ehe bei den vorchristlichen Germanen,** 54 S., Faks., € 5,80 (269)
___ St. Kummer, Prof. Dr. Bernhard, u.a.: **Der nordische Mensch der Wikingerzeit,** 100 S., Faks., kt., € 8,80 (270)
___ St. Bohlinger: **Zentrale Wurzeln d. Terrors.** FREIHEIT U. RECHT III (Bibel-Dokumente), DIN A 4, € 13,00 (271)
___ St. Bischoff: **Entmachtung d. Hochfinanz.** Standardwerk! 410 S., € 24,80 (Nr. 272). [Staffelpreise! z.B.: 10 St. 105 €]
___ St. Stoddard, Lothrop: **Der Kulturumsturz** - Die Drohung von unten. 212 S., geb., Faks. von 1925, € 19,80 (273)
___ St. Fehst: **Bolschewismus und Judentum.** Mosaist. Kader an führender Stelle. 167 S., F., ill., € 14,80 (274)
___ St. Neckel, G.: **Das Schwert der Kirche und der germanische Widerstand,** 114 S., Faks., kt., € 10,90 (275)
___ St. Günther, H. F. K.: **Rassenkunde des jüdischen Volkes.** Umstritten. 352 S., ill., F., gb., € 26,80 (276)
___ St. Günther: **Rassenkunde des deutschen Volkes.** Ebenfalls umstritten. 510 S., ill., F., kt., € 29,00 (277)
___ St. Ford, Henry: **Der internationale Jude.** Forschungsgruppe i. A. des Automobilkönigs über die sog. Judenfrage. Unter massivem Druck zurückgezogen. Dann wieder Bekenntnis dazu. Ungekürzt. 370 S., F., kt., € 28,40 (278)
___ St. Hauptmann, Hans: **Bolschewismus in der Bibel.** Überraschende Analysen. 118 S., F., € 10,60 (279)
___ St. Clauß, L. F.: **Von Seele und Antlitz der Rassen- und Völker,** 190 S., Faks., reich illustr., geb., 17,90 (280)
___ St. **Am rauhen Stein.** Leitfaden f. Freimaurerlehrlinge. Handschrift für Brr. Freimaurer, 80 S., € 6,60 (281)
___ St. Schmick: **Alter Wein in neuen Schläuchen.** Über die 2. Antiwehrmachtsausstellung, 262 S., ill., € 19,00 (282)
___ St. Bohlinger: **Denkschrift.** FREIHEIT U. RECHT. Standardwerk über „Jakob- u. Esausegen", Din A4, € 12,00 (283)
___ St. **Zucht und Sitte,** 5 Bde., DIN A4, 100 S., Kunstdruck, z. T. vierfarb. Illustr., gb., ästhetisch., F., je Bd. € 26,80 (284-288)
___ St. Nicosia, F.: **Hitler u. der Zionismus** - Zur Zusammenarbeit zw. NS u. Zionismus, 412 S., gb., € 28,80 (289)
___ St. Stingl/Preradovich: **„Gott segne den Führer".** Die Kirchen segnen den NS. 398 S., gb., Abb., € 25,00 (290)

Fortsetzung der Liste am Schluß des Heftes

___ St. Bernetti, U.: **Schwarzbuch BRD, Band 1,** Das deutsche Grundgesetz ..., 180 S., kt., € 17,50 (291)
___ St. Beckh, Rolf: **Der Islam und die überstaatlichen Mächte.** 24 S., Faks., geh., € 2,80 (BNr. 292)
___ St. Kummer: **Der Machtkampf zw. Volk, König u. Kirche im alten Norden,** 404 S., Faks., € 29,80 (293)
___ St. Zorn, Rudolf: **Die Als-ob-Demokratie.** Bayer. Staatsminister krit. über Demokratie in BRD 48 S., € 4,80 (294)
___ St. Beißwenger: **Das Joch „Jakobs"** - oder Kapitalismus einmal anders gesehen, 32 S., geh., € 3,90 (295)
___ St. Clark, Ramsay: **Wüstensturm - US-Kriegsverbrechen am Golf.** Ehemaliger Justizminister der USA demaskiert die Völkermord- und Raubpolitik der USA gegenüber dem Irak. 316 S., kt., € 24,00 (296)
___ St. Freund, W.: **„Höre Israel!" - Studien zur modernen Judenfrage.** 328 S., Faks., kt., € 24,00 (297)
___ St. Ziegler, W.: **Versailles - die Geschichte eines mißglückten Friedens.** 274 S., Faks., kt., € 22,00 (298)
___ St. Seeger: **Der Krieg d. unsichtbaren Fronten.** Vom imperial. Kriegsrecht der Juden, 399 S., F., € 29,00 (299)
___ St. Siemens: **Grundzüge d. Vererbungslehre, Rassenhygiene u. Bevölkerungspolitik,** 148 S., € 11,80 (300)
___ St. Piebrock: **Hermann Löns** - Dichter der Heide und deutscher Art. 38 S., geh., € 4,00 (301)
___ St. Schriften d. Reichsinstituts...: Frank/Koch/Stapel/Fester, **Schriften zur Judenfrage**, 200 S., € 16,50 (303)
___ St. **Reich und Reichsfeinde,** 4 Bände, zahlr. Untersuchungen, 192-252 S., F., kt., je **€ 17,80** (304-307)
___ St. Seeger, E.: **Evangelische Dogmatik und Judentum.** Ein Blick nach innen. 109 S., F., € 10,80 (308)
___ St. Bohlinger, R.: **Thesen, Ziele, Forderungen.** FREIHEIT UND RECHT, Folge 6/7, 68 S., DIN A4, € 12,80 (309)
___ St. Groenbech, Wilhelm: **Kultur und Religion der Germanen.** 680 S., geb., Faks., € 39,80 (310)
___ St. Seeger: **Das Dt. Geschichtsbilderbuch.** Gutes Buch f. Jugend u. Eltern. 110 S., 16,8x24,8, gb., ill., F., € 22,80 (311)
___ St. Perrot: **Bismarck und die Juden.** Viele wichtige u. überraschende Erkenntnisse! 288 S., F., € 21,00 (312)
___ St. Wahrmund, A.: **Das Gesetz des Nomadentums.** Berühmt aber einseitig. 174 S., Faks., kt., € 11,80 (313)
___ St. Friedrich der Große: **Ausgewählte Werke,** Band 1, 340 S., Faks., ili., geb., € 23,80 (314) Band 2: Nr. 347.
___ St. Ludendorff, M.: **Lessings Geisteskampf und Lebensschicksal.** Sehr lesenswert! 240 S., F., € 16,80 (315)
___ St. Friedrich der Große: **Theologische Streitschriften und Satiren.** 158 S., geb., € 15,80 (318)
___ St. Ludendorff, E.: **Weltkrieg droht auf deutschem Boden!** Die große Warnung! 93 S., kt., Abb., F., € 9,60 (319)
___ St. Ludendorff, E.: **Schändliche Geheimnisse der Hochgrade.** Über Freimaurerei. 21 S., geh., Faks., € 3,50 (320)
___ St. Ludendorff, E.: **Des Volkes Schicksal in christlichen Bildwerken,** 12 S., geh., Faks., € 2,20 (321)
___ St. Rehwaldt, H.: **Der Kollektivstaat - das Ziel d. Mosaismus u. d. röm. Kirche,** 42 S., geh., Fks., € 4,80 (322)
___ St. Bock, Johann A.: **Die Einheit von Glaube, Blut und Recht,** 56 S., geh., Faks., € 5,80 (323)
___ St. Engelkes, G.: **Der Adlerflug** - Schöne Erzählung betr. d. Zeit des Großen Kurfürsten, 24 S., Faks., € 3,80 (324)
___ St. Klemke, Helmut: **Geiseln der Rache,** 10 Jahre in mitteldt. Todeslagern, 568 S., ill., geb., € 24,90 (AV326)
___ St. Rassinier, P.: **Die Juden u. das Dritte Reich** [Was ist Wahrheit], 284 S., ill., kt., € 19,90 **z. Zt.** vergr. (327)
___ St. Fasolt, Walter: **Die Grundlagen des Talmud,** 196 S., kt., Faks., € 13,80 (BNr. 329)
___ St. Pfeffer: **England,** Vormacht der kapitalistischen Weltordnung und des Vernichtungskampfes gegen eine preussisch-deutsche Ordnung, 208 S., kt., Faks. € 17,40 (330)
___ St. Hasselbacher: **Entlarvte Freimaurerei IV - Der Generalstabsplan der mosaistisch-jüdischen und freimaurerischen Weltherrschaftsbestrebungen,** Band 4, 350 S., Faks., kt. € 24,80 (331)
___ St. Ludendorff, E. u. M. /E. Meinecke: **Die machtvolle Religiosität des Deutschen Volkes vor 1945,** Dokumente zur deutschen Religions- und Geistesgeschichte 1933–1945. Wesentl. Werk! 350 S., geb., illustr., € 28,80 (332)
___ St. Bartels, Adolf: **Lessing und die Juden.** Zu Unrecht sehr angefeindeter Autor? 264 S., Faks., € 19,60 (333)
___ St. Steele, E. J.: **Ungerechtigkeit für alle.** Die USA verfällt zusehends. Aufschlußreich! 24 S., geh., € 3,80 (334)

Die philosophischen Werke von Mathilde Ludendorff:

___ St. Ludendorff, M.: **Vom wahren Leben,** kt. 24,50
___ St. Ludendorff, M.: **Triumph des Unsterblichkeitswillens.** Grundwerk . 328 S., kt. € 19,50 (AV335)*+
___ St. Ludendorff, M.: **Triumph des Unsterblichkeitswillens.** Grundwerk . 320 S., **geb.** € 24,50 (AV335a)*+
___ St. Ludendorff, M.: **Schöpfungsgeschichte,** 160 S., geb., Abb., € 17,00 (AV336)*
___ St. Ludendorff, M.: **Des Menschen Seele,** 302 S., geb., € 34,00 (AV337)*
___ St. Ludendorff, M.: **Selbstschöpfung,** 285 S., geb., € 24,00 (AV338)*
___ St. Ludendorff, M.: **Des Kindes Seele und der Eltern Amt,** 475 S., geb., € 31,00 (AV339)
___ St. Ludendorff, M.: **Die Volksseele und ihre Machtgestalter,** 516 S., geb., € 31,00 (AV340)
___ St. Ludendorff, M.: **Das Gottlied der Völker,** 462 S., geb., € 36,00 (AV341)
___ St. Ludendorff, M.: **Das Hohe Lied der göttlichen Wahlkraft, 284 S.,** geb. € 26,00 (AV342)
___ St. Ludendorff, M.: **In den Gefilden der Gottoffenbarung, 370 S.,** geb., € 26,00 (AV343)
___ St. Ludendorff, M.: **Der Mensch, das große Wagnis der Schöpfung,** 281 S., geb., € 26,00 (AV344)
___ St. Ludendorff, M.: **Unnahbarkeit des Vollendeten,** 300 S., geb., € 26,00 (AV345)
___ St. Ludendorff, M.: **Von der Herrlichkeit des Schöpfungsziels, 380 S.,** geb., € 31,00 (AV346) +
* gibt es auch in Englisch + gibt es in Antiqua

___ St. Friedrich der Große: **Ausgewählte Werke,** Band II, 320 S., gebunden, illustr., Faks., € 23,80 (347)
___ St. Pastenaci, Kurt: **Volksgeschichte der Germanen,** 358 S., gebunden, Faks., reich illustr., € 24,80 (348)
___ St. Blunck, Hans F.: **König Geiserich.** Histor. Roman über den Vandalenzug. 400 S., geb., Faks., € 26,80 (349)
___ St. Wirsing, G.: **Der maßlose Kontinent.** Der Aufstieg der Plutokratie in den USA. 473 S., Faks., € 26,50 (351)
___ St. Ludendorff, M.: **Induziertes Irresein durch Occultlehren.** Grundlegende Analyse. 160 S., F., € 12,00 (AV352)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Die Geheimnisse der Weisen von Zion.** Die Veröffentlichung von G. z. Beek und die jüdische Gegenschrift von Benjamin Segel, 473 S., kt., € 28,00 **(IF1)** (353)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Der Berner Prozeß.** Eine Dokumentation. Das Gutachten von A. Fleichhauer u. die Veröffentlichungen von Vász, v. Engelhardt, des *Weltdienstes*, 730 S., kt., zahlr. Abb., F., € 43,00 **(IF2)** (354)
___ St. Bley, W. (Hg.): **Der Bolschewismus.** Seine Entstehung, seine Auswirkungen und die führende Rolle jüdisch-mosaistischer Kader, 404 S., illustr., Faks., geb., € 29,00 **(IF3)** (355)
___ St. Feistel-Rohmeder, Bettina: **Im Terror des Kunstbolschewismus,** 222 S., kt., Faks., € 19,80 (356)
___ St. Dall, C.: **Amerikas Kriegspolitik.** Enthüllungen des Schwiegersohns von Roosevelt. 284 S., € 19,80 (357)
___ St. Knyphausen, A: **Finnlands Freiheitskampf** - Die Verteidigung Europas ..., 196 S.. F., kt., € 17,80 (358)
___ St. Wittek, E.: **Der Marsch nach Lowitsch** - Verfolgung d. Deutschen in Polen 1939, 104 S., F., € 9,80 (359)
___ St. Grimpen, A./Kloth E.: **Judentum und Sozialdemokratie.** Ketzereien. 104 S., Faks., kt., € 9,80 (360)
___ St. Jason, A.: **Der Film unter jüdischer Herrschaft.** Enthüllungen. 12 S., Faks., geh., € 2,90 (361)
___ St. Friese, U./Sachse, G.: **Der 8. Mai 1945 in Geschichte und Gegenwart,** 88 S., geh., € 8,80 (362)
___ St. Frenssen, Gustav: **Recht ~~oder Unrecht~~ - mein Land!** Eine andere Sicht der Dinge. 56 S., Faks. € 5,80 (363)
___ St. Petersen, J./Levy, L.: **Der brennende Dornbusch** - Echtes Protokoll eines Weisen v. Zion, 32 S. € 4,20 (364)
___ St. Bohlinger, R./Stegerwald, B.: **Die Politische Justiz stolpert über sich selbst ...,** 40 S., geh., € 4,60 (365)
___ St. Schiller, Fr.: **Geschichte des Dreißigjährigen Krieges** (1618-1648), geb., F., illustr., 366 S., € 26,80 (366)
___ St. Bohlinger: **Die Wahrheit macht uns frei,** FREIHEIT U. RECHT, Folge 8-11. Bericht über den vom Verfasser gewonnenen Prozeß wegen Nachdruck d. Buches *Jüdischer Imperialismus*. 212 S., DIN A 4., € 26,80 (367)
___ St. Solper, Gustav: **Die deutsche Wirklichkeit.** Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, 383 S., € 26,00 (368)
___ St. Morel (jüd. -brit. Autor): **Das Gift, das zerstört.** [Untertitel:] Die Mär von d. dt. Kriegsanschlag 1914, € 6,80 (369)
___ St. Bardèche, M.: **Die Politik der Zerstörung.** Nürnberg. Die Wölfe ohne Schafspelz. 108 S., € 11,00 (371)
___ St. Barkas, J. H.: **Wahrheit ans Licht.** Geld - Macht - Politik - Gesundheit - Natur. 248 S., geb., € 17,00 (AV372)
___ St. Eggers, K. (Hg.): **Ich hab's gewagt! Hutten ruft Deutschland.** Huttens Gedichte u. Rufe, 80 S., € 6,80 (373)
___ St. Hasselbacher, Fr.: **Hochverrat der Feldlogen im Weltkriege.** 76 S. DIN A4, zahlr. Abb., kt., € 12,80 (374)
___ St. Clauß, L. F.: **Die nordische Seele.** Rassenpsychologie ohne Rassismus. 94 S., 24 Bildseiten, geb. € 13,80 (375)
___ St. Clauß, Ludwig F.: **Rasse und Seele.** Eine andere Sicht der Dinge. 198 S., 118 Abb., geb., € 19,80 (376)
___ St. Blunck, Hans F.: **Märchen,** 431 S., 100 vierfarb. Aquarelle von Koser-Michaëls, geb., € 34,00 (377)
___ St. Schultz, E./Jünger, Friedrich G.: **Das Gesicht der Demokratie,** Texte u. zahlr. Bilder, geb., € 22,00 (378)
___ St. Bohlinger, R.: **Der Dolch des Mörders im Gewande des Rechts.** Standardwerk. Ist der § 130 StGB Ausdruck des Willens des Gesetzgebers u. der dahinter stehenden Kräfte, das Ende des Dt. Volkes herbeizuführen? 60 S., Format A4, Abb., € 15,50 (379). Staffelpreise wie bei *Steuerverweigerung* (siehe Nr.437)!
___ St. Schwartz-Bostunitsch, Prof. Dr. Gregor/Bohlinger: **Mosaistisch-jüdischer Imperialismus.** Standardwerk. Mit 300 S. Bericht über den vergeblichen Kampf gegen das Buch nach § 130 StGB. 920 S., ill., geb., € 49,00 (380)
___ St. Hackert, W./Bohlinger R.: **Bombenholocaust,** DIN A4. etwa 300 S., illustr., € 32,00 (381)[in Vorbereitung]
___ St. Ruchti, Jacob: **Zur Geschichte des Kriegsausbruches 1914.** Schweizer (jüd.?) Autor. 48 S., F., € 4,50 (383)
___ St. Rose, F.: **Jüd. Enthüllungen.** Eine Dokumentation über Anderssein und Herrschaft, 304 S., € 22,00 (384)
___ St. Welt-Dienst: **D. Beitrag d. Judentums z. Entwickl. eines plutokr. Staates in Engl.,** 22 S. A4, € 4,50 (385)
___ St. Hasselbacher: **Weltmacht -** Verzeichnis v. über 450 Organisationen d. Weltjudentums, 32 S. A4, € 5,50 (386)
___ St. Wieland, Constantin: **Die Ohrenbeicht.** Ein Herrschaftsmittel übelster Art. 32 S., geh., Faks., € 3,90 (387)
___ St. Ludendorff, Mathilde: **Der Trug der Astrologie.** Gegen Okkultwahn. 18 S., geh., Faks., € 2,50 (388)
___ St. Halow, J.: **Siegerjustiz in Dachau** - Die US-Schauprozesse, 320 S., kt., zahlr. Abb., € 26,80 (AV389)
___ St. Freyenwald: **Jüdische Bekenntnisse und Selbstzeugnisse.** Standardwerk. 373 S., Faks., € 25,80 (AV391)
___ St. Bülow, W. von: **Die Geheimsprache der deutschen Märchen,** 107 S., Faks., ill., kt., € 9,95 (AV392)
___ St. Reinsch, Hans H.: **Kolumbus entlarvt!** 53 S., Faks., illustr., geh., € 5,90 (AV393)
___ St. Rose, A. W.: **Rom mordet!** Mordet Seelen, Menschen, Völker, 46 S., Faks., geh., € 4,95 (AV394)
___ St. Marx, Karl: **Karl Marx zur Judenfrage,** 49 S., Faks., geh., € 4,95 (AV395)
___ St. Rassinier, Paul: **Das Drama der Juden Europas,** 272 S., 1 Abb., Faks., kt., € 22,80 (AV396)
___ St. Bohlinger, R. (Hg.): **Der Wahrheitsbeweis,** Band V/3, **Die „Protokolle" und die Weltpolitik.** Dokumentation. Inhalt: A. Rosenberg: *Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüd. Weltpolitik.* Krit. jüdische Gegenschrift von Iwan Heilbut: *Die öffentlichen Verleumder*, 190 S., Faks., kt., € 19,80 (397) **(IF4)**

___ St. Grenfell, R.: **Das Ende einer Epoche.** Das brit. Weltreich zerfällt durch innere Fäulnis und durch die Folgen des Kampfes gegen Deutschland und Japan. Wer also hat gesiegt? 280 S., Faks., Abb., € 19,80 (398)
___ St. Ludendorff, M.: **Erlösung von Jesu Christo.** Sehr gründliche Kritik am Christentum. 315 S., € 22,00 (AV399)
___ St. Ludendorff, M.: **Lebenserinnerungen,** 6 Bände, Hln., illustr., je Bd. € 24,00, Bd. 2: € 36,00 (AV400-405)
___ St. Ludendorff, Erich: **Meine Lebenserinnerungen,** 3 Bände, Ln, illustr., je Band € 31,00 (AV406-408)
___ St. Nobel, A.: **Mord in der Politik.** Gründlich und sehr aufschlußreich. 293 S., Faks., kt., € 22,00 (409)
___ St. Rassinier, Paul: **Die Lüge des Odysseus,** 244 S., kt., € 19,00 (410)
___ St. Rassinier, Paul: **Was nun, Odysseus?,** 104 S., kt., € 12,90 (411)
___ St. Freundeskreis Roland Bohlinger: **Der Freiheit eine Gasse,** 32 S., kt., illustr., € 3,80 (412)
___ St. Franz, Günther: **Der deutsche Bauernkrieg.** Ein histor. Lehrbeispiel. 330 S., Faks., illustr., € 25,00 (413)
___ St. Müller-Eberhardt, W.: **Die Tragödie Tirpitz.** z. T. Hintergrundanalyse. 254 S., Faks., € 22,00 (414)
___ St. Bohlinger, R.: **DEUTSCHE FREIHEIT,** Nr. 1, 76 S., DIN A4, geh., € 15,00 (BNr. 415)
___ St. Bohlinger, R.: **Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland,** FREIHEIT UND RECHT, Folge 12-15. Revolutionäre Argumentationen kennzeichnen diese Veröffentlichung. 178 S., Din A4, € 24,80 (416)
___ St. Heise, K.: **Entente-Freimaurerei und Weltkrieg.** Sehr aufschlußreich! 417 S., F., Abb., € 27,80 (417)
___ St. Junius alter: **Die Alleinschuld der Entente am Weltkrieg,** 40 S., geh., Faks., € 4,00 (418)
___ St. Luft, R.: **Die Goten unter dem Kreuz.** Vom tragischen Schicksal eines großen Volkes. 55 S., F., € 5,80 (419)
___ St. Chomsky, N./E. S. Herman: **Massaker im Namen der Freiheit.** Zwei krit. jüd. Autoren. 81 S., € 8,80 (420)
___ St. Trachtenberg, Jakov: **Die Greuelpropaganda ist Lügenpropaganda.** Führende dt. Juden wenden sich gegen die neue antideutsche Greuelpropaganda, die 1933 begann. Sehr aufschlußreich! 144 S., F., € 12,80 (421)
___ St. Rogge: **Hitlers Versuche zur Verständigung mit England,** Totgeschwiegenes. 96 S., F., € 8,80 (422)
___ St. Wellinghusen: **Hitlers Rompolitik - Drohender Weltkrieg auf deutschem Boden,** 44 S., Faks., € 4,50 (423)
___ St. Schwarzburg, E.: **Jüdische Kriegshetze in den USA zw. 1933 u. 1944,** 40 S., Faks., € 4,30 (424)
___ St. Douglas, G.: **Geheimakte Gestapo-Müller.** Aufschlußreich. 384 S., geb., € 27,80 (AV425)
___ St. Koerbel-Habsheim, Willi: **Erlebter Faschismus,** 400 S., geb., illustr., € 19,95 (AV430)
___ St. Kurowski, F.: **So war der Zweite Weltkrieg.** 1941 - der Weg z. Weltkrieg, 292 S., geb., ill., € 22,90 (AV431)
___ St. Heddesheimer, D.: **Der erste Holocaust.** Erstaunliche Vorläufer auf Propagandaebene. 170 S., € 17,00 (AV434)
___ St. Schmahl. u. a.: **Deutsches Land** - Das Buch v. Volk u. Heimat, Bd. 1, Großform., gb., 200 Abb., € 37,00 (436)
___ St. Bohlinger, R.: **Steuerverweigerung.** Die letzte ethische Konsequenz. Verweigerung nicht nur wegen fehlender Legitimation, sondern wegen weitgehender Steuerfinanzierung von Straftaten gegen das Deutsche Volk. 77 S., DIN A4, € 16,00 (437). Staffelpreise: *1 Ex. 16 €, 5 Ex. 30 €, 10 Ex. 50 €, 20 Ex. 80 €, 100 Ex. 280 €.*
___ St. Pastenaci: **Das Licht aus dem Norden.** Kam „das Licht" vor allem aus dem Norden? 86 S., ill., F., € 9,80 (439)
___ St. Eggers, Kurt: **Rom gegen Reich** - Ein Kapitel deutscher Geschichte um Bismarck, 112 S., F., € 9,80 (440)
___ St. Wahl, Prof. Dr.: **Zum Kenntnisstand i. d. Kriegsschuldfrage gegen Ende der WRep.,** 88 S., F., € 8,50 (441)
___ St. Libertas-Kolleg. **Samiels siebtes Opfer - oder die Hinrichtung des Iran,** 120 S., mit Abb., kt. € 15,80 (442)
___ St. Wirth, Prof. Dr. H.: **Gutachten** zur Schrift v. Prothmann: Judentum u. Antisemitismus, 40 S, A4, € 7,80 (443)
___ St. Louis Nizer: **Was sollen wir mit Deutschland machen?** Deutsch u. engl. Original. 404 S., kt., € 29,80 (444)
___ St. Bohlinger, R.: **Das Geheimnis „Israels".** Die „Erwählung" eines sakralen Vergewaltigungsbundes. € 6,80 (445)
___ St. Ludendorff, M.: **Angeklagt wegen Religionsvergehens.** Vergebliche Verfolgung. 64 S., Faks., € 6,80 (446)
___ St. Löns, H.: **Die Rote Beeke.** Karls Massenmord an der sächs. Führungsschicht. 16 S., ill., Faks., € 3,00 (447)
___ St. Kummer, Prof. Dr. B.: **Brünhild und Ragnarök,** Untersuchung ü. d. sog. Glaubenswechsel, 64 S., € 6,80 (448)
___ St. Dwinger: **Der Tod in Polen.** Massenmord an d. Deutschen vor u. zu Beginn des 2. Wkr., 174 S., € 15,80 (449)
___ St. Six, F. A.: **Der Volksverrat von Freimaurerei und Christentum,** 108 S., kart., Faks., € 9,80 (450)
___ St. Schilling: **Widukind.** Historie ü. einen unserer größten Freiheitskämpfer, 222 S., zahlr. Abb., F., € 17,00 (451)
___ St. Friedrich d. Gr.: **Der Antimachiavell.** Ein totgeschwiegenes revolut. Werk! Neusatz, 40 S., geh. € 4,80 (452)
___ St. Freund, W.: **Die großen Unbekannten des Imperialismus der USA,** 536 S.+12 S. Abb., kt., F., € 39,00 (453)
___ St. Frank: **Händler und Soldaten** – Frankreich u. d. Judenfrage i. d. „Affäre Dreyfus"; 286 S., F., € 22,80 (454)
___ St. Eggers, Kurt: **Der Scheiterhaufen** – Worte großer Ketzer. 107 S., kt., Faks., 9,80 € (455)
___ St. Wolf: **Weltgeschichte der Lüge.** Vom Wirken der „Gutmenschen" aller Zeiten, 470 S., F., € 35,80 (456)
___ St. Kopp/Schulte: **Der Westfälische Frieden,** Vernichtungsfrieden nach Vernichtungskrieg, 218 S., € 22,00 (457)
___ St. Barenyi, Olga: **Prager Totentanz** - Tschech. Massenmorde an Deutschen. 320 S., Faks., € 26,80 (458)
___ St. Manon: **Hitler u. Nietzsche in Jerusalem,** Schizophrenes im Verhältnis NS-Zionismus, 260 S., € 28,80 (459)
___ St. Linden/Ludendorff: **Martin Luther u. das Judentum/Die Verfälschung seiner Reformation und sein Tod „zur rechten Zeit".** Luther ein Opfer seiner mosaist. Feinde. 305 S., Faks., kt., illustr. € 24,80 (460)
___ St. **Tannenberg-Jahrweiser,** Bände 1932-1934, nachfolgende Bde. in Kürze, ca. 290 S., illustr., € 23,80 (461)
___ **ID - Inform. u. Dokumentationsdienst,** je Band über 200 S., € 18,00. Bisher erschienen: **28 Bände.** Geplant: **ID-Ausgabe auf DVD, digitalisiert, mit Volltextsuche.** Lieferung d. Bände: ....

Übersicht über die Ausgaben des Magazins FREIHEIT UND RECHT

___ St. Bohlinger: **Die Freie Republik Uhlenhof u. d. BRD,** FREIHEIT U. RECHT 1, *32 S., DIN A4, geh., € 6,40* (245)
___ St. Bohlinger: **Fundamente für den Freiheitskampf,** FREIHEIT U. RECHT 2, *52 S., DIN A4, geh., € 7,60* (255)
___ St. Bohlinger: **Zentrale Wurzeln d. Terrors.** FREIHEIT U. RECHT 3/4 (Bibel-Dokumente), *DIN A 4, € 13,00* (271)
___ St. Bohlinger: **Denkschrift.** FREIHEIT U. RECHT 5. Standardwerk über „Jakob- u. Esausegen", *64 S., € 12,00* (283)
___ St. Bohlinger: **Thesen, Ziele, Forderungen.** FREIHEIT UND RECHT, Folge 6/7, *68 S., DIN A4, € 12,80* (309)
___ St. Bohlinger: **Die Wahrheit macht uns frei,** FREIHEIT U. RECHT, Folge 8-11. Bericht über den vom Verfasser gewonnenen Prozeß wegen Nachdruck d. Buches *Jüdischer Imperialismus. 212 S., DIN A 4., € 26,80* (367)
___ St. Bohlinger: **Das Ende der Verschwörung gegen Deutschland,** FREIHEIT UND RECHT, Folge 12-15. Revolutionäre Argumentationen kennzeichnen diese Veröffentlichung. *178 S., Din A4, € 24,80* (416)
___ St. Bohlinger: **Der Dolch des Mörders im Gewande des Rechts.** FREIHEIT U. RECHT, F. 19. Ist der § 130 StGB Ausdruck des Willens des Gesetzgebers u. der dahinter stehenden Kräfte, das Ende des Dt. Volkes herbeizuführen? *60 S., DIN A4, Abb., € 15,50* (379). Staffelpreise wie bei Nr. 437!
___ St. Bohlinger, R.: **Steuerverweigerung.** Die letzte ethische Konsequenz. Verweigerung nicht nur wegen fehlender Legitimation, sondern wegen weitgehender Steuerfinanzierung von Straftaten geg. d. Deutsche Volk. FREIHEIT U. RECHT, Folge 18, *77 S., € 16,00* (437). *1 Ex. 16 €, 5 Ex. 30 €, 10 Ex. 50 €, 20 Ex. 80 €, 100 Ex. 280 €.*

Neuerscheinungen

___ St. Fröhner, H.: **Die Jahrhundertlüge.** Umfassender Nachweis des westlich-imperialistischen Ausbeutungs- u. Vasallenstaatssystems der sog. BRD. Sachlich-vernichtende Kritik! *164 S., DIN A4, illustr., 25,80 €.* (HS-1013)
___ St. Fröhner, H.: **Nacht.** *356 S., DIN A5, 28,00 €* (HS-1027)
___ St. Mathilde Ludendorff u.a.: **Ein kampfreiches Leben für das unsterbliche Volk** - Gedenkschrift zum 75. Geburtstag des Feldherrn Erich Ludendorff, *40 S., kt., Abb., 5,00 €* (HS-1016)
___ St. Roland Bohlinger: **Verfassungsentwurf für einen freiheitlich-rechtsstaatlichen, nichtimperialistischen Deutschen Volksstaat.** *40 S., kt., Abb., 6,00 €* (HS-1017)
___ St. Gregor Schwartz-Bostunitsch/Roland Bohlinger: **Jüdisch-mosaistischer Imperialismus.** Standardwerk. Mit 300 S. Bericht von R. Bohlinger über den vergeblichen Kampf gegen das Buch, u.a. auch zum Thema, ob die mosaistische Bewegung eine verbotene, verfassungs- und strafgesetzwidrige, gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Vereinigung ist. *920 S., ill. geb. 49,00 €* (Nr. 380 bzw. (HS-1018)
___ St. Johann Andreas Eisenmenger: **Entdecktes Judentum.** Bd.1 und 2. Der Verfasser war ein überaus gebildeter Prof. der orientalischen Schriften in Heidelberg. Sein Werk wurde ungeheuer angefeindet, schließlich konnte er das Werk mithilfe König Friedrich I. von Preußen drucken lassen. Das Werk ist kaum noch zu erhalten. Im Original kostet es tausende von Euro. Wir liefern das Werk als vollständigen, mängelbehafteten Scan, PDF-Datei, Umfang über 2142 S., Großformat, 899 MB zum Preis von 25 Euro. **DVD.** (HS-1028)
___ St. Douglas Reed: **Streit um Zion.** Berühmtes Werk. Lieferbar vorerst nur auf CD. *Preis 15,00 €* (HS-1019) GEPLANT ist Lieferung als Buch. 25,00 € (HS-1020)
___ St. Prof. Dr. G. Ruhland: **System der politischen Oekonomie.** Berühmtes Werk, das im Auftrag Bismarcks in jahrelangen Forschungen erarbeitet worden ist. Es sollten die Ursachen des immer wiederkehrenden Problems des Zusammenbruchs von Völkern untersucht werden. 3 Bände auf einer **CD.** Preis 30 € . (HS-1024)
___ St. **Brief an den Zentralrat d. J. wegen Verletzung des Esausegens.** Ungekürzt. *4 Seiten 2,00 €* (HS-1025)
___ St. Ankündigung: Bohlinger/Hackert, **Bombenholocaust.** Nachweis von über 500 000 Toten in Dresden/Das System des Leugnens und Fälschens/Bilder. *DIN A4, etwa 300 S., zahlr. Abb., 39,00 €* (HS-1026)

___ St. Bohlinger: Zeitschrift **WELTENWENDE**, *80 S., DIN A4, geh., illustr., € 14,80* (HS-1028)
Mit vielen revolutionären Texten, die Sie in anderen Zeitschriften kaum zu lesen bekommen.

___ St. Bohlinger: Ausführlichere Liste der Bücher des *Verlags für ganzheitliche Forschung* u. d. Nebenverlage.
___ St. Liste von CDs mit Büchern und Schriften in elektronischer Form als pdf-Datei (271 CDs)
___ St. Liste von lieferbaren wissenschaftlichen Schriftenreihen des Uwe Berg-Verlags (HS-1701 bis 1796)
___ St. Liste der etwa 100 lieferbaren Ostara-Hefte des ariosophisch-okkulten Jörg Lanz (von Liebenfels)
___ St. Liste kritischer, wissenschaftl. Literatur aus anderen Verlagen, z. T. mit Buchbesprechungen

Besteller: .... Anschrift: ....